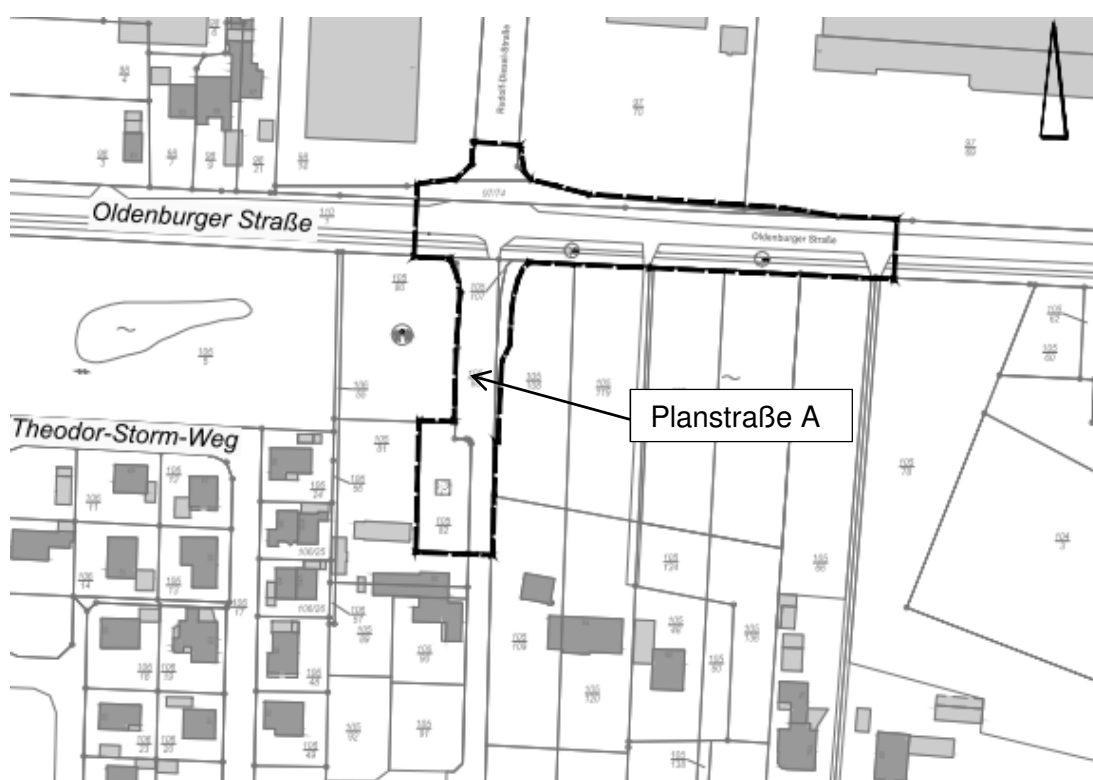


Gemeinde Ganderkesee

Landkreis Oldenburg

Bebauungsplan Nr. 259 „Fritz-Reuter-Straße/ Oldenburger Straße“



Begründung

März 2020

NWP Planungsgesellschaft mbH

Escherweg 1
26121 Oldenburg

Telefon 0441 97174 -0
Telefax 0441 97174 -73

Gesellschaft für räumliche
Planung und Forschung

Postfach 3867
26028 Oldenburg

E-Mail info@nwp-ol.de
Internet www.nwp-ol.de



Inhaltsverzeichnis**Seite**

Teil I der Begründung: Ziele, Zwecke, Inhalte und wesentliche Auswirkungen der Planung.....	4
1. Einleitung	4
1.1 Anlass der Planung	4
1.2 Rechtsgrundlagen	4
1.3 Geltungsbereich des Bebauungsplanes	4
1.4 Beschreibung des Plangebietes	5
1.5 Planungsrahmenbedingungen	5
2. Ziele der Planung	8
3. Wesentliche Auswirkungen der Planung: Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung	9
3.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren	9
3.1.1 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB	9
3.1.2 Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung	10
3.1.3 Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB	11
3.1.4 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung	12
3.2 Belange der Erschließung	13
3.3 Lärmimmissionen	15
3.4 Oberflächenentwässerung	16
3.5 Kampfmittel	16
3.6 Belange von Natur und Landschaft	17
3.7 Belange der Ver- und Entsorgung, Löschwasser, Leitungen	19
4. Inhalte der Festsetzungen	20
4.1 Art der baulichen Nutzung	20
4.2 Verkehrsflächen und Verkehrsgrün	20
4.3 Maß der baulichen Nutzung	20
4.4 Immissionsschutzrechtliche Festsetzungen	20
5. Ergänzende Angaben	21
5.1 Städtebauliche Übersichtsdaten	21
5.2 Daten zum Verfahrensablauf	22
Teil II der Begründung: Umweltbericht	23
1. Einleitung	23
1.1 Inhalt und Ziele des Bauleitplans	23
1.2 Ziele des Umweltschutzes	24
1.2.1 Biotopschutz	24
1.2.2 Artenschutz	24

1.2.3	Weitere Ziele der relevanten Fachgesetze und Fachplanungen	28
2.	Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen.....	30
2.1	Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung	30
2.1.1	Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	30
2.1.2	Fläche und Boden	32
2.1.3	Wasser	32
2.1.4	Klima und Luft	33
2.1.5	Landschaft	33
2.1.6	Mensch	34
2.1.7	Kultur- und sonstige Sachgüter	34
2.1.8	Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern	34
2.2	Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung, Umweltauswirkungen	34
2.2.1	Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	35
2.2.2	Auswirkungen auf Fläche und Boden	36
2.2.3	Auswirkungen auf Wasser	36
2.2.4	Auswirkungen auf Luft und Klima	36
2.2.5	Auswirkungen auf Landschaft	36
2.2.6	Auswirkungen auf den Mensch	36
2.2.7	Auswirkungen auf Kultur und Sachgüter	37
2.2.8	Auswirkungen auf Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern	37
2.3	Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen	37
2.3.1	Maßnahmen zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen	37
2.3.2	Maßnahmen zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen	38
2.3.3	Externe Kompensation	39
2.4	Maßnahmen zur Überwachung	40
2.5	Anderweitige Planungsmöglichkeiten	41
2.6	Schwere Unfälle und Katastrophen	41
3	Zusätzliche Angaben	41
3.1	Verfahren und Schwierigkeiten	41
3.1.1	Verwendete Verfahren	41
3.1.2	Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben	42
3.2	Allgemein verständliche Zusammenfassung	42
3.3	Referenzliste der herangezogenen Quellen	43

Anlagen:

- Ted: Schallimmissionsprognose im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 245 „Südlich Oldenburger Straße“ der Gemeinde Ganderkesee; Bremerhaven, 18.11.2017
- Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm & Tjardes GbR: Verkehrsuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 245 in der Gemeinde Ganderkesee, Juni 2017

**Teil I der Begründung:
Ziele, Zwecke, Inhalte und wesentliche Auswirkungen der Planung**

1. Einleitung

1.1 Anlass der Planung

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 259 liegt zum überwiegenden Teil der rechtswirksame Bebauungsplan Nr. 245 vor. Auf der Grundlage einer Ausbauplanung ist im Bebauungsplan Nr. 245 eine Planstraße A als Verkehrsfläche festgesetzt. Die Planstraße A im Bebauungsplan Nr. 245 führt jedoch nicht achsial zur Rudolf-Diesel-Straße, woraus an der Oldenburger Straße eine leicht versetzte Kreuzungssituation resultiert. Die Ausbauplanung wurde daher mittlerweile geändert und mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr abgestimmt. Dies ist Anlass für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259, die Planstraße A wird um wenige Meter in Richtung Osten verschoben. Außerdem wird im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 einer Forderung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr nach einem Verzicht auf die planungsrechtliche Absicherung von zwei festgesetzten Verkehrsflächen/ Zufahrten an der Oldenburger Straße zur Erschließung der Grundstücke Oldenburger Straße Nr. 84 und 86 sowie Ramsauer Weg Nr. 76 sowie 76a nachgekommen.

Weiterhin hat sich die Konzeption zur Neuplanung der Kindertagesstätte geändert. Die im Bebauungsplan Nr. 245 ausgewiesene Gemeinbedarfsfläche ist in östliche Richtung zu erweitern. Im Bebauungsplan Nr. 259 wird hier eine entsprechende Gemeinbedarfsfläche festgesetzt.

1.2 Rechtsgrundlagen

Rechtliche Grundlagen des Bebauungsplanes Nr. 259 sind das Baugesetzbuch (BauGB), die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO), die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Inhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV) und das niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz, jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung.

1.3 Geltungsbereich des Bebauungsplanes

Der rechtswirksame Bebauungsplan Nr. 245 befindet sich im nördlichen Teil des Ortes Ganderkesee. Er erstreckt sich in südlicher Richtung bis zum Bogenweg. In den nördlichen Teil des Bebauungsplanes Nr. 245 ist die Oldenburger Straße einbezogen.

Der Bebauungsplan Nr. 259 umfasst einen nördlichen Teil des Bebauungsplanes Nr. 245 und geht in nördlicher Richtung über den Bebauungsplan Nr. 245 hinaus. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 259 beinhaltet den nördlichen Teil der Planstraße A, einen Teilabschnitt der Oldenburger Straße und den Kreuzungsbereich Planstraße A/ Oldenburger

Straße/ Rudolf-Diesel-Straße. Außerdem wird eine Fläche westlich der Planstraße A, östlich der im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzten Gemeinbedarfsfläche, nördlich des Gebäudes Oldenburger Straße Nr. 82 in den Geltungsbereich aufgenommen.

Der genaue Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist der Planzeichnung zu entnehmen. Die Lage im Gemeindegebiet kann dem Titelblatt entnommen werden.

1.4 Beschreibung des Plangebietes

Das Plangebiet umfasst im nördlichen Bereich die Oldenburger Straße (Landesstraße 887) bzw. den Kreuzungsbereich Oldenburger Straße/ Rudolf-Diesel-Straße. Auf der Oldenburger Straße ist ein Linksabbiegestreifen zur Rudolf-Diesel-Straße vorhanden. Südlich der Fahrbahn der Oldenburger Straße und auf der östlichen Seite der Rudolf-Diesel-Straße verlaufen abgesetzte Rad- und Fußwege. Darüber hinaus sind beidseitig der Landesstraße begleitende Verkehrsgrünflächen und Straßenseitengräben vorhanden.

Von der Oldenburger Straße zweigen in südliche Richtung befestigte Zufahrten zu den Grundstücken Oldenburger Straße Nr. 84 und 86 sowie Ramsauer Weg Nr. 76 sowie 76a ab. Der parallel zur Oldenburger Straße verlaufende Graben ist im Bereich der Zufahrten verrohrt.

Der südliche Geltungsbereich umfasst die derzeit als Baustraße angelegte und geplante Planstraße A.

1.5 Planungsrahmenbedingungen

□ Raumordnung

Im Landesraumordnungsprogramm werden für das Plangebiet keine flächenbezogenen Darstellungen getroffen.

Die Aussagen des Landesraumordnungsprogramms werden in der Regel im Regionalen Raumordnungsprogramm konkretisiert. Derzeit liegt für den Landkreis Oldenburg jedoch kein rechtskräftiges Regionales Raumordnungsprogramm vor. Das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) des Landkreises Oldenburg 1996 ist außer Kraft getreten.

□ Flächennutzungsplan

Der südliche Geltungsbereich ist in der 129. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Ganderkesee bereits als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte“ dargestellt. Die Darstellungen des Flächennutzungsplans für die angrenzenden Flächen können der nachstehenden Abbildung entnommen werden:



Abb. 1: 129. Flächennutzungsplanänderung der Gemeinde Ganderkesee

Die Verkehrsparzelle der Oldenburger Straße ist im wirksamen Flächennutzungsplan der Gemeinde Ganderkesee als Verkehrsfläche dargestellt.

□ **Bebauungspläne, Planfeststellung**

Für das Plangebiet liegt zum überwiegenden Teil der Bebauungsplan Nr. 245 „Südlich der Oldenburger Straße“ vor. Der rechtsverbindliche Bebauungsplan Nr. 245 erstreckt sich in südlicher Richtung bis zum Bogenweg. In den nördlichen Teil des Bebauungsplanes Nr. 245 ist die Oldenburger Straße einbezogen. Die östliche Begrenzung erfolgt durch den Ramsauer Weg. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 245 wurde der konstant hohen Nachfrage nach Wohngrundstücken durch die Ausweisung von Allgemeinen Wohngebieten nachgekommen. Zudem wurden der vorhandene wertvolle Grünbestand abgesichert und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer neuen Kindertagesstätte geschaffen.

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 259 sind im Bereich der Oldenburger Straße Straßenverkehrsflächen und Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Verkehrsgrün“ festgesetzt (s. nachstehende Abbildung). Zudem ist der Fuß- und Radweg als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ ausgewiesen. Die zwei bestehenden Zufahrten zu den Grundstücken Oldenburger Straße Nr. 84 und 86 sowie zum Ramsauer Weg Nr. 76 sowie 76a sind als Straßenverkehrsflächen ausgewiesen.

Die Planstraße A einschließlich einer Aufweitung in westlicher Richtung wird als Straßenverkehrsfläche festgesetzt, östlich der Planstraße A wird eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Parkanlage“ ausgewiesen.



Abb. 2: Ausschnitt aus dem Bebauungsplan Nr. 245 „Südlich der Oldenburger Straße“

Der Bebauungsplan Nr. 259 geht in nördlicher Richtung über den Bebauungsplan Nr. 245 hinaus und tangiert hier den Bebauungsplan Nr. 109B „Bookhorn“. Über den Bebauungsplan Nr. 109B wird das Gewerbegebiet an der Rudolf-Diesel-Straße planungsrechtlich abgesichert. Im Bebauungsplan Nr. 109B werden eingeschränkte Gewerbegebiete, Industriegebiete und Sondergebiete ausgewiesen.

Für den Überschneidungsbereich mit diesem Bebauungsplan Nr. 259 setzt der Bebauungsplan Nr. 109B Verkehrsflächen fest (s. nachstehende Abbildung).

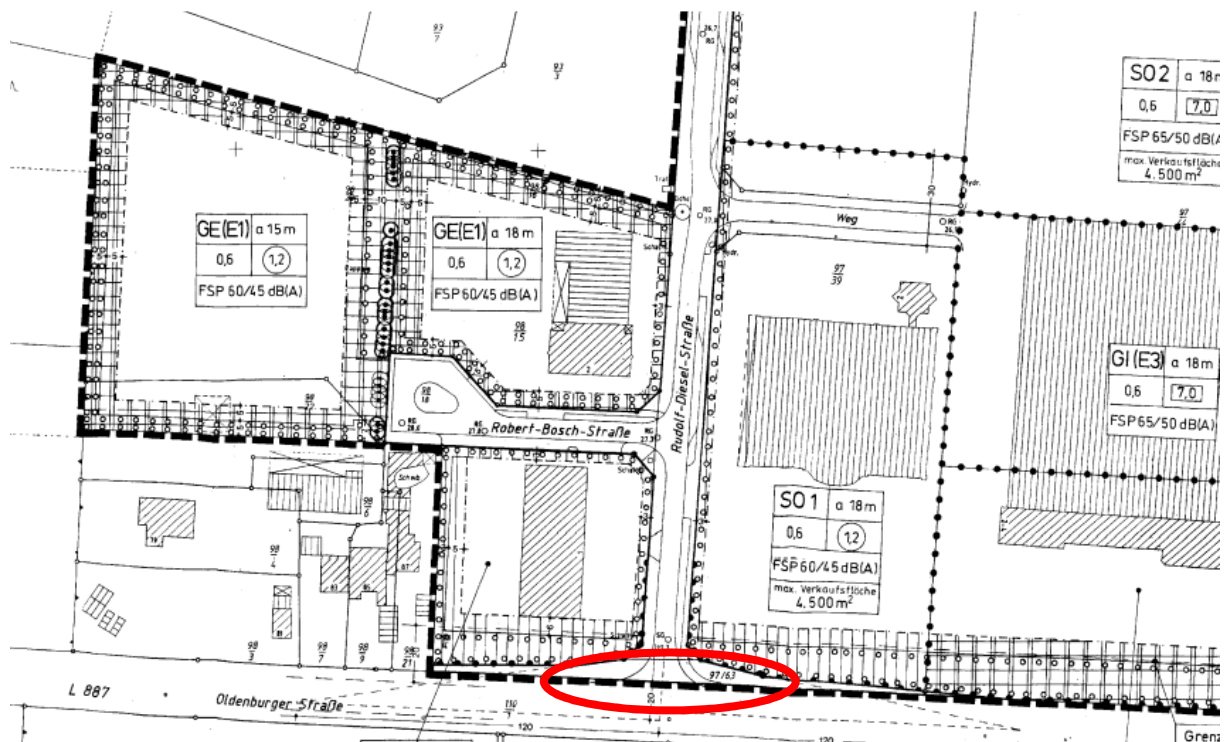


Abb. 3: Ausschnitt aus dem Bebauungsplan Nr. 109B mit Hervorhebung des tangierten Bereiches

2. Ziele der Planung

Der rechtswirksame Bebauungsplan Nr. 245 befindet sich im nördlichen Teil des Ortes Ganderkesee. Er erstreckt sich in südlicher Richtung bis zum Bogenweg. In den nördlichen Teil des Bebauungsplanes Nr. 245 ist die Oldenburger Straße einbezogen. Die östliche Begrenzung erfolgt durch den Ramsauer Weg. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 245 wurde der konstant hohen Nachfrage nach Wohngrundstücken durch die Ausweisung von Allgemeinen Wohngebieten nachgekommen. Zudem wurden der vorhandene wertvolle Grünbestand abgesichert und die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer neuen Kindertagesstätte geschaffen.

Auf der Grundlage einer Ausbauplanung ist im Bebauungsplan Nr. 245 eine Planstraße A als Verkehrsfläche festgesetzt. Die Planstraße A dient der äußeren Anbindung des Bebauungsplanes Nr. 245 an das Verkehrsnetz und mündet auf Höhe der Rudolf-Diesel-Straße in die Oldenburger Straße.

Zwischenzeitlich hat sich gezeigt, dass die im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzte Verkehrsfläche bzw. die Planstraße A nicht achsial mit der Rudolf-Diesel-Straße eine Kreuzungssituation ausbildet. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat daher gefordert, die Ausbauplanung zu ändern und die Planstraße um wenige Meter in Richtung Osten zu verschieben, so dass die Planstraße A mit der Rudolf-Diesel-Straße eine Achse bildet. Dadurch ergeben sich auch geringe Änderungen in der Ausbauplanung an der Oldenburger Straße. Eine entsprechende Änderung der Ausbauplanung ist zwischenzeitlich erfolgt und mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr abgestimmt. Die geänderte Ausbauplanung liegt dem Bebauungsplan Nr. 259 zugrunde. Die Oldenburger Straße und der Kreuzungsbereich werden in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr.

259 aufgenommen. Der Bebauungsplan Nr. 259 hat an dieser Stelle eine planfeststellungs-ersetzende Funktion.

Im Bebauungsplan Nr. 245 ist im nördlichen Geltungsbereich eine neue Kindertagesstätte verortet und als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte/ Kindergarten“ ausgewiesen. Zwischenzeitlich hat sich jedoch die Konzeption zur Neuplanung der Kindertagesstätte geändert. Die Änderung erfordert eine räumliche Erweiterung der Gemeinbedarfsfläche in östliche Richtung. Diese Flächen waren im Bebauungsplan Nr. 245 bislang als Straßenverkehrsfläche festgesetzt, hier waren bislang Stellplätze geplant. Die geplanten Stellplätze werden an anderer Stelle auf dem Gelände der Kindertagesstätte errichtet, so dass die Belange des ruhenden Verkehrs ausreichend Berücksichtigung finden können.

Die bestehenden Zufahrten zu den Grundstücken Oldenburger Straße Nr. 84 und 86 sowie Ramsauer Weg Nr. 76 sowie 76a sind im Bebauungsplan Nr. 245 durch die Ausweisung von Verkehrsflächen planungsrechtlich abgesichert. Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 259 wird der Forderung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gefolgt und auf die Festsetzung und planungsrechtliche Absicherung der Zufahrten zu den Privatgrundstücken verzichtet.

Derzeit bestehen mehrere Zufahrten von der L 887 zu einzelnen Grundstücken. Seit Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 245 „Südlich der Oldenburger Straße“ existiert eine attraktive Erschließung dieser Grundstücke aus westlicher Richtung über die im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzte Erschließungsstraße (Planstraße A) und das im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzte Geh-, Fahr- und Leitungsrecht. Mit Herstellung dieser Erschließungsstraßen/ Planstraßen wäre dann zukünftig eine alternative Erreichbarkeit der angesprochenen Grundstücke gegeben. Im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 259 werden die Anforderungen der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr umgesetzt. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 werden die Zufahrten nur planungsrechtlich aufgehoben.

3. Wesentliche Auswirkungen der Planung: Grundlagen und Ergebnisse der Abwägung

3.1 Ergebnisse der Beteiligungsverfahren

3.1.1 Ergebnisse der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (1) BauGB

- Der Landkreis Oldenburg hat angeregt, die im Umweltbericht genannten Vermeidungs- bzw. Minimierungsmaßnahmen (Anbringen von Nistkästen für Halbhöhlen- und Höhlenbrüter sowie eines Fledermauskastens) in die Hinweise aufzunehmen. Zudem wurden Formulierungsvorschläge zu den Hinweisen vorgebracht.

Die Anregungen wurden berücksichtigt.

- Die EWE Netz GmbH hat auf ihre Leitungen und ihre Leitungsauskunft im Internet hingewiesen und Hinweise zur Ausbauplanung vorgebracht.

Eine Internetabfrage wurde durchgeführt. Demnach befinden sich Strom- und Gasleitungen innerhalb der Verkehrsparzelle der Oldenburger Straße. Ein Hinweis auf die Leitungen wurde in die Begründung aufgenommen. Sollte eine Umverlegung der Leitungen erforderlich werden, erfolgt eine rechtzeitige Abstimmung der EWE Netz GmbH.

- Die Deutsche Bahn AG hat auf Emissionen aus dem Eisenbahnbetrieb hingewiesen. Eventuell erforderliche Schutzmaßnahmen gegen diese Einwirkungen aus dem Bahnbetrieb seien gegebenenfalls im Bebauungsplan festzusetzen.

Die Bahnstrecke Delmenhorst – Hesepe, die in erheblichem Abstand vom vorgesehenen Geltungsbereich des Bebauungsplanes und zu großen Teilen in einem Geländeeinschnitt verläuft, wird stündlich von zwei Zügen der NordWestBahn (Dieseltriebwagen) befahren. Dieser Personenverkehr nimmt die eingleisige Strecke dergestalt in Anspruch, dass während der Verkehrszeiten der NWB kein weiterer Schienenverkehr stattfinden kann. Außerhalb dieser Zeiten – also in den Nachtstunden – findet auf der Strecke kein regelmäßiger Güter- oder Personenverkehr statt. Es ist mithin nicht davon auszugehen, dass von der Bahnstrecke Emissionen ausgehen, die bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 zu berücksichtigen wären.

- Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat angemerkt, dass zur Aufstellung einer Vereinbarung gem. § 34 (1) NStrG für den Anschluss einer neuen Erschließungsstraße an die L 887 „Oldenburger Straße“ die rechtskräftige 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 245 vorliegen müsse.

Es wurde keine 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 245 durchgeführt, sondern der Bebauungsplan Nr. 259 neu aufgestellt. Vor Abschluss der Vereinbarung für den Anschluss einer neuen Erschließungsstraße an die L 887 wird der Bauungsplan Nr. 259 rechtskräftig vorliegen.

3.1.2 Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung

- Bürger haben erklärt, dass sie nicht damit einverstanden wären, dass ihre direkte Zuwegung an der Oldenburger Straße in Zukunft möglicherweise irgendwann aufgehoben wird. Sie fordern, dass der vorhandene Weg auch weiterhin als Verkehrsfläche ausgewiesen bleibt, um den Bestandsschutz zu sichern. Sie bitten um eine Kopie der Einlassungen der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, die zu der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 geführt haben.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 259 ist unter Berücksichtigung mehrerer Abstimmungsgespräche mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr in Oldenburg entstanden und kommt u.a. der Forderung der Landesbehörde nach, auf die Festsetzung und planungsrechtliche Absicherung der bestehenden Zufahrten zu den Privatgrundstücken Oldenburger Straße Nr. 84 und 86 sowie Ramsauer Weg Nr. 76 und 76a zu verzichten.

Speziell zu der Aufhebung der Zufahrten existiert kein Schreiben, die Forderung wurde in persönlichen Abstimmungsgesprächen zwischen der Gemeinde und der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gestellt. Im Zuge des Beteiligungsverfahrens zu diesem Bebauungsplan Nr. 259 wurde und wird die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr offiziell auf der Grundlage von § 4 (1) BauGB und § 4 (2) BauGB beteiligt.

Grundsätzlich sind alle Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren für die Öffentlichkeit einsehbar.

3.1.3 Ergebnisse der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB

- Der Landkreis Oldenburg hat angemerkt, dass die Ersatzpflanzungen für die gefällt Eiche genauer festzulegen seien. Die geplanten Nistkästen für die Brutvögel und Fledermäuse seien über einen Zeitraum von mind. 5 Jahren regelmäßig zu reinigen und auf Schäden zu überprüfen. Der verbleibende Kompensationsbedarf könne über den externen Flächenpool der Gemeinde ausgeglichen werden.

Eine genaue Festlegung der Pflanzstandorte ist auf Ebene des Bebauungsplanes nicht vorgesehen. Die Gemeinde Ganderkesee wird die erforderlichen Ausgleichspflanzungen im öffentlichen Raum wie der neuen Zufahrtstraße und der Stellplätze zur Kita umsetzen. Die Ausgleichspflanzungen werden nach Art und Qualität redaktionell ergänzt (Pflanzung standortgerechter, heimischer Laubbäume (z.B. Stieleichen) als Hochstamm mit einem Stammumfang von mindestens 14 cm, einschließlich Pflege. Ausfälle sind nachzupflanzen. Den Hinweisen zu den Nistkästen und dem Flächenpool wird nachgekommen.

- Die EWE Netz GmbH hat auf ihre Leitungen und ihre Leitungsauskunft im Internet hingewiesen und Hinweise zur Ausbauplanung vorgebracht.

Eine Internetabfrage wurde durchgeführt. Demnach befinden sich Strom- und Gasleitungen innerhalb der Verkehrsparzelle der Oldenburger Straße. Ein Hinweis auf die Leitungen wurde in die Begründung aufgenommen. Sollte eine Umverlegung der Leitungen erforderlich werden, erfolgt eine rechtzeitige Abstimmung der EWE Netz GmbH.

- Der Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen hat auf den Anschluss mit dem öffentlichen Personennahverkehr hingewiesen.

Die Begründung wurde um die Hinweise ergänzt.

- Das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen hat angemerkt, dass keine Luftbilddauswertung durchgeführt wurde. Es bestehe der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 259 liegt zum überwiegenden Teil der rechtswirksame Bebauungsplan Nr. 245 vor. Lediglich im Bereich der Oldenburger Straße geht der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 259 gering über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 245 hinaus. Im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 245 hatte die Gemeinde Ganderkesee eine Luftbilddauswertung beantragt. Das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen hat mit Schreiben vom 29.08.2017 mitgeteilt, dass im Plangebiet keine Bombenrichter erkennbar sind. Für eine weitere Luftbilddauswertung sieht die Gemeinde keinen Anlass. Die vorstehenden Aussagen waren bereits in der Begründung enthalten.

- Die Gasunie hat auf ihre Leitungen hingewiesen und Hinweise zur Ausführungsplanung vorgebracht.

Die aufgeführten Gasleitungen befinden sich im Bereich der Kompensationsflächen. Die Gasleitungen werden im Zuge der Objektplanung berücksichtigt. Ziel der Kompensationsflä-

chen ist im Wesentlichen die Entwicklung von mesophilem Grünland und Feuchtgrünland sowie von Nasswiesen auf bisher ackerbaulich genutzten Flächen. Innerhalb des Kompensationspoolflächenkomplexes sind aber auch Erhalt und Neuanlage von Wallhecken vorgesehen. Diese sind unter Berücksichtigung der Schutzstreifen anzulegen.

3.1.4 Ergebnisse der öffentlichen Auslegung

- Bürger haben angemerkt, dass die Zufahrt zu ihrem Wohnhaus nicht als geschotterter Weg, sondern als geschlossene Straßendecke angelegt sei. Dies sei in den Planunterlagen (Biotoptypenplan) falsch wiedergegeben. Eine Erschließung der Grundstücke an der Oldenburger Straße über die im Bebauungsplan Nr. 245 geplanten Erschließungsstraßen sei nicht akzeptabel. Gewünscht wird, dass der asphaltierte Zufahrtsweg wie bisher mit einer ebenerdigen und glatt befahrbaren Asphaltdecke im Anschluss an die L887 erhalten bleibe. Nachgefragt wurde warum es nicht möglich sei, warum es nicht möglich sei, die Zufahrten zum Grundstück wie im rechtskräftig gültigen Bebauungsplan Nr. 245 planungsrechtlich abgesichert zu lassen. Im Abschnitt der Oldenburger Str. zwischen Gruppenbührener Straße und Urneburger Straße gebe es zahlreiche direkte Grundstückszufahrten auch in unmittelbarer Nähe zu Kreuzungen. Die Bürger befürchten erhebliche Nachteile und finanzielle Risiken.

Gemäß Biotopschlüssel Niedersachsen umfassen Wege (OVW) befestigte und unbefestigte Wege mit eingeschränktem Fahrverkehr. Demnach ist die Bezeichnung als OVW zutreffend. Im Biotoptypenplan zum Bebauungsplan Nr. 245 sind verschiedene Wege im Plangebiet erfasst worden, u.a. auch den Ramsauer Weg, der geschottert ist. Zum Bebauungsplan Nr. 259 wurde kein Biotoptypenplan erstellt.

Derzeit bestehen nicht nur die Zufahrt zum Grundstück des Einwenders, sondern mehrere Zufahrten von der L 887 zu einzelnen Grundstücken. Seit Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 245 „Südlich der Oldenburger Straße“ existiert eine attraktive Erschließung dieser Grundstücke aus westlicher Richtung über die im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzte Erschließungsstraße (Planstraße A) und das im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzte Geh,-Fahr- und Leitungsrecht. Mit Herstellung dieser Erschließungsstraßen/ Planstraßen wäre dann zukünftig eine alternative Erreichbarkeit der angesprochenen Grundstücke gegeben. Zukünftig ist der Eigentümer für die Unterhaltung seiner Zufahrt wie bisher selber zuständig. Im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 259 werden die Anforderungen der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr umgesetzt. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 werden die Zufahrten nur planungsrechtlich aufgehoben.

Finanzielle Risiken resultieren aus der neuen Erschließungssituation nicht.

3.2 Belange der Erschließung

Kreuzungssituation Oldenburger Straße/ Planstraße A/ Rudolf-Diesel-Straße

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 259 umfasst den nördlichen Bereich der Planstraße A und den Kreuzungsbereich Oldenburger Straße/ Planstraße A/ Rudolf-Diesel-Straße sowie die an den Kreuzungsbereich angrenzenden Abschnitte der Oldenburger Straße.

Die Oldenburger Straße, die Planstraße A und der Kreuzungsbereich sind im Bebauungsplan Nr. 245 als Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Zwischenzeitlich hat sich gezeigt, dass die Planstraße A nicht achsial mit der Rudolf-Diesel-Straße eine Kreuzungssituation ausbildet. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr hat daher gefordert, die Ausbauplanung zu ändern und die Planstraße A um wenige Meter in Richtung Osten zu verschieben, so dass die Planstraße A mit der Rudolf-Diesel-Straße eine Achse bildet. Eine entsprechende Änderung der Ausbauplanung ist zwischenzeitlich erfolgt und mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr abgestimmt. Die geänderte Ausbauplanung liegt dem Bebauungsplan Nr. 259 zugrunde. Die Ausbauplanung der Oldenburger Straße wird relativ detailliert als Straßenverkehrsfläche, als Straßenverkehrsfläche mit der Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ und als öffentliche Grünfläche festgesetzt. Der Bebauungsplan hat hier eine planfeststellungersetzende Funktion. Innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Verkehrsgrün“ ist die Anlage von Gräben zulässig.

Die Ausbauplanung wird nachstehend wiedergegeben:

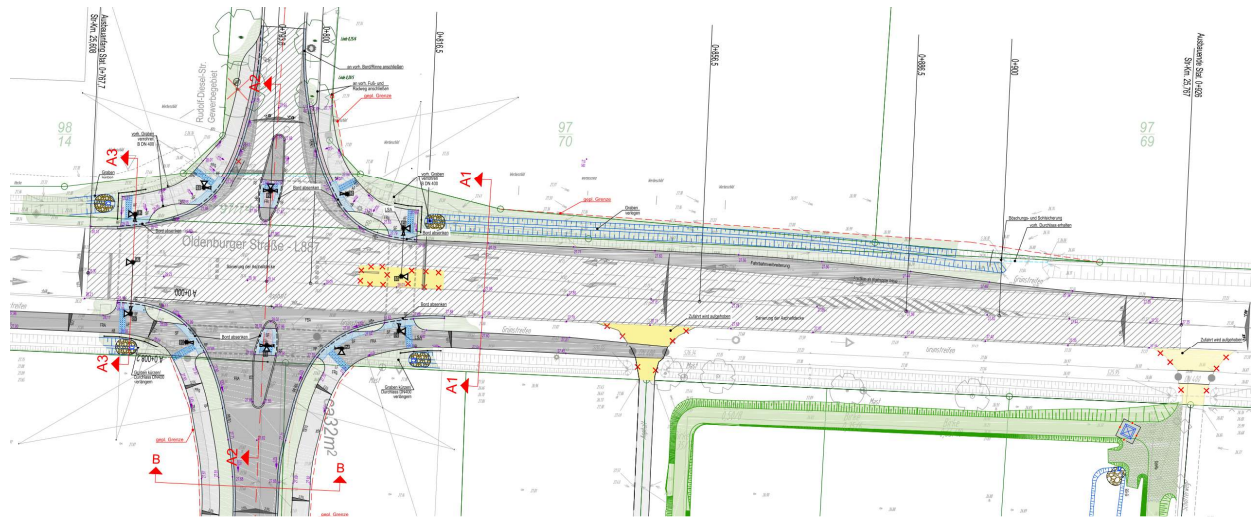


Abb. 4: Planungsbüro Gerdes: Gemeinde Ganderkesee: Erschließung des Baugebietes B-Plan Nr. 245 „südl. Oldenburger Straße/ Ramsauerweg; Ausführungsplanung, Oldenburg, 17.12.2018

Die Erschließungssituation wurde im Zuge der Aufstellung des Bebauungsplangebietes Nr. 245 gutachterlich untersucht und bewertet.¹ Die Gutachter hatten ausgeführt, dass ein Linksabbiegestreifen auf der Landesstraße erforderlich ist. Die Verkehrsgutachter hatten festge-

¹ Ingenieurbüro Dr. Schwerdhelm & Tjardes GbR: Verkehrsuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 245 in der Gemeinde Ganderkesee, Juni 2017

stellt, dass die Anbindung an die L 887 (Oldenburger Straße) leistungsfähig genug ist, um den Verkehrsablauf flüssig abzuwickeln. Zudem hatten die Gutachter empfohlen, den Belangen der Fußgänger und Radfahrer in Form der Realisierung einer partiellen Signalisierung Rechnung zu tragen. Eine partielle Signalisierung würde den querenden Fußgängern und Radfahrern eine höhere Verkehrssicherheit, als es beim Einsatz von Fahrbahnteilern der Fall ist, bieten. Zudem wäre der Knotenpunkt dafür ausgelegt, zu einem späteren Zeitpunkt mit einer Vollsignalisierung ausgestattet zu werden.

Die gutachterlichen Aussagen werden durch die geringfügigen Änderungen im Zuge der Ausbauplanung nicht tangiert und gelten unverändert fort.

Planstraße A

Ein 18 m breiter und 45 m langer Streifen der im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzten Planstraße A wird im Rahmen dieser 1. Änderung als Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte/ Kindergarten“ überplant. In dem überplanten Abschnitt waren bislang Stellplätze geplant. Die geplanten Stellplätze werden an anderer Stelle auf dem Gelände der Kindertagesstätte errichtet, so dass die Belange des ruhenden Verkehrs ausreichend Berücksichtigung finden können.

Zufahrten zur Landesstraße

Das Plangebiet umfasst im östlichen Teil die bestehenden Zufahrten zu den Grundstücken Oldenburger Straße Nr. 84 und 86 sowie Ramsauer Weg Nr. 76 sowie 76a. Diese Zufahrten waren im Bebauungsplan Nr. 245 durch die Ausweisung von Straßenverkehrsflächen planungsrechtlich abgesichert worden. Im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 259 wird der Forderung der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr gefolgt und auf die Festsetzung der Zufahrten zu den Privatgrundstücken verzichtet. Im Bebauungsplan Nr. 259 sind die Zufahrten als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Verkehrsgrün“ und als Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ festgesetzt. Nachteile für die betroffenen Grundstücke ergeben sich hierdurch nicht. Es gab auch vor der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 245 keine planungsrechtliche Sicherung der Zufahrt.

Derzeit bestehen mehrere Zufahrten von der L 887 zu einzelnen Grundstücken. Seit Rechtskraft des Bebauungsplanes Nr. 245 „Südlich der Oldenburger Straße“ existiert eine attraktive Erschließung dieser Grundstücke aus westlicher Richtung über die im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzte Erschließungsstraße (Planstraße A) und das im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzte Geh-, Fahr- und Leitungsrecht. Mit Herstellung dieser Erschließungsstraßen/ Planstraßen wäre dann zukünftig eine alternative Erreichbarkeit der angesprochenen Grundstücke gegeben. Im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 259 werden die Anforderungen der Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr umgesetzt. Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 werden die Zufahrten nur planungsrechtlich aufgehoben.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

In fußläufiger Entfernung zum überplanten Gebiet befindet sich die Haltestelle „Ganderkesee, Brüniger Weg“, welche von der Buslinie 240 bedient wird. Ebenfalls in ähnlicher Entfernung liegt die Haltestelle „Ganderkesee, Urneburg Kreuzung“, welche von den Buslinien 223, 238, 240 und 245 bedient wird. Eine Anbindung an den ÖPNV ist somit gewährleistet.

3.3 Lärmimmissionen

Die geplante Gemeinbedarfsfläche ist durch Verkehrslärm von der Landesstraße L 887 (Oldenburger Straße), von der Rudolf-Diesel-Straße sowie der weiter nördlich gelegenen Bundesautobahn A 28 betroffen. Zudem befindet sich nördlich der L 887 das Gewerbegebiet Bookhorn an der Rudolf-Diesel-Straße. Für das Gewerbegebiet liegen Bebauungspläne vor, in denen flächenbezogene Schallleistungspegel festgesetzt wurden. Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 245 wurden daher der Verkehrslärm und der Gewerbelärm gutachterlich ermittelt und beurteilt.²

Verkehrslärm

Die Gutachter haben Immissionsraster erstellt. Die Orientierungswerte der DIN 18005 für Allgemeine Wohngebiete von 55 dB(A) zur Tagzeit und für Mischgebiete von 60 dB(A) zur Tagzeit werden dabei überschritten. Die Schallgutachter haben daher Lärmpegelbereiche ausgearbeitet.

Abwägung der Gemeinde Ganderkesee

Die Gemeinde Ganderkesee hat die gutachterlichen Aussagen nachvollzogen und für plausibel befunden. Die Gemeinde Ganderkesee erweitert die Gemeinbedarfsfläche unter Berücksichtigung der passiven Schallschutzmaßnahmen und stellt in die Abwägung ein, dass das Plangebiet aufgrund seiner Lage im Siedlungsgefüge und der guten Erschließungsmöglichkeit in besonderer Weise für die Entwicklung der Kindertagesstätte/ Kindergartens geeignet ist.

Für die Gemeinbedarfsfläche wird der Lärmpegelbereich IV festgesetzt. Bei Schlafräumen und Kinderzimmern sowie vergleichbar genutzten Räumen mit einem erhöhten Ruhebedürfnis muss die erforderliche Raumlüftung bei geschlossenen Fenstern sichergestellt sein.

Beim Einbau von Fenstern ist zu berücksichtigen, dass die für eine ausreichende Lüftung der schutzbedürftigen Räume erforderliche Einrichtung die Mindestanforderungen an die resultierende Schalldämmung der Außenwand nicht unterschreitet.

Der Freiraumschutz (Terrassen, Balkone etc.) ist im Rahmen der Genehmigungsverfahren sicherzustellen. Die Freiräume können im Schallschatten des geplanten Kindergartens angeordnet werden. Dabei wirkt sich günstig aus, dass sich die Lärmquelle - die Oldenburger Straße - nördlich des Plangebietes befindet, so dass die Freiraumbereiche südlich des Gebäudes angeordnet werden können.

Im Rahmen eines konkreten Baugenehmigungsverfahrens ist der Nachweis zu erbringen, dass die Anforderungen, die sich aus der DIN 4109-1 für die Lärmpegelbereiche ergeben, durch die geplante Bauausführung eingehalten werden können. Für die von der maßgeblichen Geräuschquelle abgewandten Gebäudeseite darf der maßgebliche Außenlärmpegel ohne besonderen Nachweis bei offener Bebauung um 5 dB und bei geschlossener Bebauung bzw. bei Innenhöfen um 10 dB gemindert werden.

Die Gemeinde Ganderkesee geht davon aus, dass sie mit den getroffenen Festsetzungen dem Schutz der Gemeinbedarfsfläche ausreichend Rechnung getragen hat.

2 Ted: Schallimmissionsprognose im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 245 „Südlich Oldenburger Straße“ der Gemeinde Ganderkesee; Bremerhaven, 18.11.2017

Gewerbelärm

In den Bebauungsplänen Nr. 109 A und Nr. 109 B sind Gewerbeflächen ausgewiesen. In den Bebauungsplänen sind flächenbezogene Schalleistungspegel festgesetzt. Diese wurden von den Lärmgutachtern für die jeweiligen Teilflächen berücksichtigt. Die gutachterlichen Berechnungsergebnisse haben gezeigt, dass die Orientierungswerte für Allgemeine Wohngebiete der DIN 18005 für gewerbliche Geräuschimmissionen im Bereich der Gemeinbedarfsfläche eingehalten werden.

Abwägung der Gemeinde Ganderkesee

Die Gemeinde Ganderkesee hat die gutachterlichen Aussagen nachvollzogen und für plausibel befunden. Immissionsschutzrechtliche Konflikte werden aufgrund der Gewerbelärmsituation nicht erwartet.

Bahnlärm

Die Bahnstrecke Delmenhorst – Hesepe verläuft in einem erheblichem Abstand zum Plangebiet und zu großen Teilen in einem Geländeeinschnitt. Sie wird stündlich von zwei Zügen der NordWestBahn (Dieseltriebwagen) befahren. Dieser Personenverkehr nimmt die eingleisige Strecke dergestalt in Anspruch, dass während der Verkehrszeiten der NWB kein weiterer Schienenverkehr stattfinden kann. Außerhalb dieser Zeiten – also in den Nachtstunden – findet auf der Strecke kein regelmäßiger Güter- oder Personenverkehr statt. Es ist mithin nicht davon auszugehen, dass von der Bahnstrecke Emissionen ausgehen, die bei der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 zu berücksichtigen wären.

Hinweis: Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.

3.4 Oberflächenentwässerung

Auf Ebene des Bebauungsplanes Nr. 245 wurde ein Oberflächenentwässerungskonzept erstellt.³ Demnach ist eine Versickerung oder Verrieselung des Niederschlagswassers in Mulden und Rigolen auf Grund der mangelhaften Versickerungsfähigkeit des Bodens nicht realisierbar, aus diesem Grund wird das Wasser über Kanäle Gewässern zugeführt.

Die Oberflächenentwässerung wird im Planungsgebiet des Bebauungsplanes Nr. 245 durch zwei Regenrückhalteräume sowie den Anschluss an das bestehende RW-Kanal Netz gewährleistet.

Das Entwässerungskonzept wird durch die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 nicht tangiert.

3.5 Kampfmittel

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 259 liegt zum überwiegenden Teil der rechtswirksame Bebauungsplan Nr. 245 vor. Lediglich im Bereich der Oldenburger Straße

³ Planungsbüro Gerdes: Gemeinde Ganderkesee: Bebauungsplan Nr. 245: Südlich der Oldenburger Straße; Entwässerungskonzept Oberflächenentwässerung; Oldenburg, 20.11.2017

geht der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 259 gering über den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 245 hinaus. Im Zuge des Bebauungsplanes Nr. 245 hatte die Gemeinde Ganderkesee eine Luftbilddauswertung beantragt. Das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen hat mit Schreiben vom 29.08.2017 mitgeteilt, dass im Plangebiet keine Bombentrichter erkennbar sind. Sollten bei geplanten Bau- und Erdarbeiten Kampfmittel (Granaten, Panzerfäuste, Minen etc.) gefunden werden, ist umgehend die zuständige Polizeidienststelle, Ordnungsamt oder das Kampfmittelbeseitigungsdezernat direkt zu benachrichtigen.

3.6 Belange von Natur und Landschaft

Im Teil II der Begründung werden im Umweltbericht die Belange von Natur und Landschaft mit der Beschreibung und Bewertung des Bestandes und der mit der Planung verbundenen Auswirkungen, der Eingriffsregelung sowie den Belangen zum Artenschutz detailliert abgehandelt. Im Folgenden werden die wesentlichen Aspekte zusammengefasst.

Gesetzlicher Biotopschutz / Schutzgebiete

Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks Wildeshauser Geest. Weitere Schutzgebiete sind nicht ausgebildet, doch ist der nördliche Grünlandkomplex südlich der Oldenburger Straße im Außenbereich als sonstige naturnahe Fläche als geschützter Landschaftsbestandteil einzustufen (gemäß § 22 (4) NAGBNatSchG in Verbindung mit § 29 BNatSchG).

Natura 2000-Gebiete schließen mit dem FFH- und Naturschutzgebiet *Hasbruch*, FFH-Gebiet *Delmetal zwischen Harpstedt und Delmenhorst* und dem FFH-Gebiet *Stühe* erst in Entfernungen von über 3 km an. Erhebliche Beeinträchtigungen sind aufgrund der Entfernung und der Planungsabsichten im Gebiet nicht abzuleiten.⁴

Bestandsbeschreibung

Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 259 umfasst im Wesentlichen einen Abschnitt der Oldenburger Straße, der neben einer Fahrbahn mit Abbiegestreifen zur Rudolf-Dieselstraße auch einen Rad- und Fußweg südlich der Fahrbahn sowie nach Norden einen Rad- und Fußweg auf der östlichen Seite aufweist. Darüber hinaus sind beidseitig dieser Landesstraße begleitende Verkehrsgrünflächen, die in der Regel als Scherrasen ausgebildet sind und Straßenseitengräben umfassen, die im Regelprofil angelegt und regelmäßig unterhalten werden.

Die Zufahrt zum Wohngebiet südlich der Oldenburger Straße erfolgt weitgehend auf bereits im rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 245 und Bebauungsplan Nr. 109B „Bookhorn“ als Verkehrsfläche festgesetzten Flächen, auf einer ehemals bereits bestehenden, schmalen Zufahrt und angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen.

Im Süden umfasst das Plangebiet eine Fläche für den Gemeinbedarf. Hier besteht die Änderung auf festgesetzten Verkehrsflächen (Parkplatz) der Kindertagesstätte/Kindergarten.

⁴ Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz (2017): Umweltkarten. Schutzgebiete
online unter: <https://www.umweltkarten-niedersachsen.de> (zuletzt abgerufen am 05.07.2017)

Eine Teilfläche von rd. 170 m² östlich des Weges wird im Ursprungsplan als öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Parkanlage, festgesetzt, die bisher einer Grünlandnutzung unterliegt. Dieses wird aufgrund der Artenzusammensetzung und der Artanteile als Extensivgrünland bewertet. Die Ausweisung als öffentliche Grünfläche erfolgt zur Sicherung und Entwicklung eines artenreichen Grünlandes frischer/feuchter Standorte extensiver Nutzung.

Im Westen der Planstraße A wird eine Teilfläche der ehemals als Verkehrsfläche ausgewiesenen Fläche zurückgenommen und als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz festgesetzt.

Im Weiteren schließen im Süden Wohnnutzungen an, die durch große Gärten und alten Baumbestand geprägt sind.

Hier sind auch mit Star und Haussperling im Rahmen einer faunistischen Kartierung zum Bebauungsplan Nr. 245 (NWP, 2017) besondere Brutvorkommen festgestellt worden. Eine Funktion als Fledermausquartier konnte in den untersuchten Gehölzen und Gebäuden nicht festgestellt werden, doch wird der Raum als Jagdhabitat von Zwerg- und Breitflügelfledermäusen sowie vom Abendsegler genutzt. Amphibien-Laichgewässer liegen unmittelbar nicht vor, jedoch kommt den vorhandenen Gewässern im Umfeld (z.B. Rückhaltebecken im Nordwesten) Fortpflanzungsqualität zu.

Wertvolle Bereiche für Arten- und Lebensgemeinschaften werden im Landschaftsrahmenplan für das Plangebiet nicht abgegrenzt, jedoch sind das Grünland und die randlichen Gehölze als Biotopkomplex und als Verbundelement von Bedeutung.

Als Bodentyp ist Podsol ausgeprägt.⁵ Besondere Wertigkeiten oder Hinweise auf schutzwürdige Böden liegen nicht vor.

Die Grundwasserneubildung liegt bei etwa 201 bis 250 mm/Jahr, das Schutzpotential der grundwasserüberdeckenden Bodenschichten ist hoch.⁶

Das Plangebiet liegt im Übergangsbereich von der Ortslage mit speziellem Siedlungsklima zum grünlandgeprägten Freilandklima.

Planungsrechtlich unterliegt der Bereich den Festsetzungen als Verkehrsfläche, der die Landesstraße im planfeststellungsersetzenden Bebauungsplan bereits als solche festsetzt und eine kommunale Straße für die Erschließung der südlichen Wohnbebauung und der Kindertagesstätte/Kindergarten ausweist.

Eingriffsregelung

Die Planung umfasst eine Gesamtfläche von 6.324 m², die sich aufteilt in

- Flächen für den Gemeinbedarf (782 m²),
- Straßenverkehrsflächen (3.477 m²),
- Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung Rad- und Fußweg (535 m²),
- Grünfläche, Zweckbestimmung Verkehrsgrün (1.468 m²),
- Öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Spielplatz (62 m²).

⁵ Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: NIBIS Kartenserver – Bodenkunde BÜK 50

⁶ Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: NIBIS Kartenserver – Hydrogeologie

Die Planung führt im Wesentlichen zur Veränderung der Art der baulichen Nutzung (Fläche für Gemeinbedarf) mit Rücknahme der ausgewiesenen Verkehrsfläche und Neugestaltung des Kreuzungsbereiches an der Oldenburger Straße. Diese Änderung umfassen bereits im rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 245 und im Bebauungsplan Nr. 109B festgesetzte Verkehrsflächen. Darüber hinaus wird durch die Verschiebung der Straßenachse eine als öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Parkanlage, ausgewiesene Fläche beansprucht, während auf der westlichen Seite der Planstraße eine private Grünfläche neu ausgewiesen wird.

Insgesamt ergibt sich mit den Änderungen, insbesondere mit der Verschiebung der Planstraße A, ein Eingriff durch Erhöhung der versiegelten Fläche von etwa 143 m², mit Auswirkungen auf die Biotopstruktur und den Boden.

Unter Berücksichtigung des Bestandswertes und nach dem derzeitigen Stand der Planung, der in den Entwurf des Bebauungsplanes eingegangen ist, ergibt sich für den eingriffsrelevanten Bereich ein Kompensationsdefizit von 483 Werteinheiten.

Die erforderliche, externe Kompensation erfolgt auf der Kompensationspoolfläche FG 1.6 der Gemeinde Ganderkesee.

Artenschutz

Die Anforderungen zum speziellen Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG gelten unabhängig von einer Bauleitplanung und werden bei der Umsetzung des Bebauungsplanes relevant. Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird jedoch bereits geprüft, ob artenschutzrechtliche Belange der Realisierung der Planung entgegenstehen können und ob Vermeidungs- oder (vorgezogene) Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen sind.

Im Plangebiet werden aufgrund der Bestandsbebauung des Kindergartens, der Anlage der Planstraße A und der Oldenburger Straße weder Gefährdungen und Tötungen von Brutvögeln oder Fledermäusen, noch erhebliche Störungen oder Verluste von Fortpflanzungs- und Ruhestätten bei Beachtung des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes erwartet, die zu einem artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand bei Umsetzung der Planung führen würden.

3.7 Belange der Ver- und Entsorgung, Löschwasser, Leitungen

Die Wasserversorgung und die Schmutzwasserentsorgung werden durch die öffentlichen Versorgungsträger gewährleistet. Die Versorgungsnetze sind entsprechend zu erweitern. Das Plangebiet kann an die zentrale Schmutzwasserentsorgung angeschlossen werden.

Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen sowie den jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises. Die Beseitigung der festen Abfallstoffe ist damit gewährleistet. Evtl. anfallender Sonderabfall ist einer den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Entsorgung zuzuführen.

Für die Brandbekämpfung ist die Löschwasserversorgung sicherzustellen.

Im Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen der EWE NETZ GmbH. Nach der Leitungsabfrage im Internet liegen Strom- und Gasleitungen innerhalb der Verkehrsparzelle der Oldenburger Straße.

4. Inhalte der Festsetzungen

4.1 Art der baulichen Nutzung

Entsprechend der eingangs erläuterten Zielsetzung werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Erweiterung der Kindertagesstätte/ Kindergarten durch die Ausweisung einer Gemeinbedarfsfläche geschaffen.

4.2 Verkehrsflächen und Verkehrsgrün

Entsprechend der eingangs erläuterten Zielsetzung werden die Planstraße A und der Kreuzungsbereich Oldenburger Straße/ Planstraße A/ Rudolf-Diesel-Straße sowie die an den Kreuzungsbereich angrenzenden Abschnitte der Oldenburger Straße auf der Grundlage der überarbeiteten Ausbauplanung als öffentliche Straßenverkehrsflächen, Straßenverkehrsflächen mit der Zweckbestimmung „Fuß- und Radweg“ und öffentliche Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Verkehrsgrün“ festgesetzt. Im Bereich der Oldenburger Straße ist der Bebauungsplan planfeststellungsersetzend.

Innerhalb der festgesetzten öffentlichen Grünflächen mit der Zweckbestimmung „Verkehrsgrün“ ist die Anlage von Gräben für die Oberflächenentwässerung zulässig.

4.3 Maß der baulichen Nutzung

Für die Gemeinbedarfsfläche werden maximal zwei Vollgeschosse und eine Grundflächenzahl von 0,5 festgesetzt. Damit wird eine dem Nutzungszweck „Kindergarten/ Kindertagesstätte“ entsprechende Bebauung ermöglicht. Die Festsetzungen werden in Anlehnung an die Festsetzung der westlich angrenzenden Gemeinbedarfsfläche im Bebauungsplan Nr. 245 getroffen.

4.4 Immissionsschutzrechtliche Festsetzungen

Passiver Schallschutz

Flächen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen gemäß § 9 (1) Nr. 24 BauGB

Zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (Straßenlärm) werden bauliche Schallschutzmaßnahmen festgesetzt. Entsprechend des Lärmpegelbereiches und der Raumart (Nutzung) ergeben sich gemäß DIN 4109-1 die folgenden erforderlichen Schalldämmmaße $R'_{w,res}$ für die Außenbauteile in dB.

Spalte	1	2	3	4	5
			Raumarten		
Zeile	Lärmpegelbereich	Maßgeblicher Außenlärmpegel	Bettenräume in Krankenanstalten und Sanatorien	Aufenthaltsräume in Wohnungen, Übernachtungsräume in Beherbergungsstätte, Unterrichtsräume und ähnliches	Büroräume ^{a)} und ähnliches
			Erf. R _{w,ges} des Außenbauteils in dB		
1	I	bis 55	35	30	--
2	II	56 bis 60	35	30	30
3	III	61 bis 65	40	35	30
4	IV	66 bis 70	45	40	35
5	V	71 bis 75	50	45	40
6	VI	76 bis 80	b	50	45
57	VII	> 80	b	b	50

- a. An Außenbauteile von Räumen, bei denen der eindringende Außenlärm aufgrund der in den Räumen ausgeübten Tätigkeiten nur einen untergeordneten Beitrag zum Innenraumpegel leistet, werden keine Anforderungen gestellt.
- b. Die Anforderungen sind hier aufgrund der örtlichen Gegebenheiten festzulegen.

Auszug aus der Tabelle 7 der DIN 4109-1

Im Rahmen eines konkreten Baugenehmigungsverfahrens ist der Nachweis zu erbringen, dass die Anforderungen, die sich aus der DIN 4109-1 für die Lärmpegelbereiche ergeben, durch die geplante Bauausführung eingehalten werden können. Für die von der maßgeblichen Geräuschquelle abgewandten Gebäudeseite darf der maßgebliche Außenlärmpegel ohne besonderen Nachweis bei offener Bebauung um 5 dB und bei geschlossener Bebauung bzw. bei Innenhöfen um 10 dB gemindert werden.

Bei Schlafräumen und Kinderzimmern sowie vergleichbar genutzten Räumen mit einem erhöhten Ruhebedürfnis muss die erforderliche Raumlüftung bei geschlossenen Fenstern sichergestellt sein.

Beim Einbau von Fenstern ist zu berücksichtigen, dass die für eine ausreichende Lüftung der schutzbedürftigen Räume erforderliche Einrichtung die Mindestanforderungen an die resultierende Schalldämmung der Außenwand nicht unterschreitet.

5. Ergänzende Angaben

5.1 Städtebauliche Übersichtsdaten

Die Größe des Plangebietes beträgt ca. 6.324 m². Davon entfallen auf:

Gemeinbedarfsfläche: 782 m²

Öffentliche Straßenverkehrsfläche: 3.477 m²

Öffentliche Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung „F+R“:	535 m ²
Öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Verkehrsgrün“:	1.468 m ²
Öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“:	62 m ²

5.2 **Daten zum Verfahrensablauf**

Aufstellungsbeschluss im Ausschuss für Gemeindeentwicklung	26.04.2018
Beschluss über die öffentliche Auslegung im Ausschuss für Gemeindeentwicklung	05.09.2019
Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung	25.10.2019
Öffentliche Auslegung gemäß § 3 (2) BauGB	04.11. – 04.12.2019
Satzungsbeschluss durch den Rat	12.03.2020

Ganderkesee, den

Die Bürgermeisterin

Teil II der Begründung: Umweltbericht

1. Einleitung

Gemäß § 2 (4) BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen, im Rahmen einer Umweltprüfung zu ermitteln und in einem Umweltbericht zu beschreiben und zu bewerten. Hierbei sind insbesondere die in § 1 (6) Nr. 7 BauGB aufgeführten Belange zu berücksichtigen und die in § 1a BauGB genannten Vorschriften anzuwenden. Die Ergebnisse der Umweltprüfung sind im Aufstellungsverfahren des Bauleitplans in die Abwägung einzustellen.

Im nachfolgenden Umweltbericht werden die Belange des Umweltschutzes entsprechend dem gegenwärtigen Planungsstand für die Abwägung aufbereitet. Der Umweltbericht bildet gemäß § 2 a BauGB einen gesonderten Teil der Begründung. Die Gliederung des Umweltberichtes orientiert sich an der Anlage 1 des BauGB (in der Fassung vom 04. Mai 2017).

Im Anhang ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen dargelegt. Vertiefende Angaben sind den folgenden Kapiteln zu entnehmen.

1.1 Inhalt und Ziele des Bauleitplans

Die Gemeinde Ganderkesee stellt den Bebauungsplan Nr. 259 „Südlich der Oldenburger Straße“ auf, um die bereits im Bebauungsplan Nr. 245 festgesetzte Erschließungsstraße (Planstraße A) so zu verschieben, dass sie achsial zur Rudolf-Diesel-Straße verläuft. Zudem wird die Gemeinbedarfsfläche mit der Zweckbestimmung „Kindertagesstätte/ Kindergarten“ in östliche Richtung erweitert und zwei festgesetzte Verkehrsflächen/ Zufahrten zur Erschließung von Wohnnutzungen - von der Oldenburger Straße aus - zurückgenommen.

Gesamtfläche des Plangebietes	(in m² 6.324
Fläche für den Gemeinbedarf, (Kita/Kindergarten)	782
Öffentliche Verkehrsfläche	3.477
Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung F+R	535
Öffentliche Grünflächen Zweckbestimmung Verkehrsgrün	1.468
Öffentliche Grünflächen Zweckbestimmung Spielplatz	62

1.2 Ziele des Umweltschutzes

1.2.1 Biotopschutz

□ Natura 2000

Das nächstgelegene Natura 2000-Gebiet ist das in einer Entfernung von 3,2 km nordwestlich gelegene FFH- und Naturschutzgebiet *Hasbruch* mit ausgedehnten Laubwäldern auf lehmigen bis sandigen Geestböden.

Darüber hinaus befindet sich das FFH-Gebiet *Delmetal zwischen Harpstedt und Delmenhorst* in einer Entfernung von rd. 3,4 km, das FFH-Gebiet *Stühe* schließt sich in einer Entfernung von über 5 km an. Auf Grund der Entfernungen und der dazwischen ausgebildeten vielfältigen Strukturen von bebauten und unbebauten Flächen sowie der vom Vorhaben ausgehenden Wirkfaktoren einer bestehenden Straße und einer Gemeinbedarfsfläche ist nicht erkennbar, dass die FFH-Gebiete in ihren Zielen beeinträchtigt bzw. die FFH-Verträglichkeit des Vorhabens nicht gegeben ist.

□ Sonstige Schutzgebiete

Das Plangebiet liegt innerhalb des Naturparks Wildeshauser Geest.

Weitere Schutzgebiete sind nicht ausgebildet, doch ist der östliche Grünlandkomplex südlich der Oldenburger Straße im Außenbereich als sonstige naturnahe Fläche als geschützter Landschaftsbestandteil einzustufen (gemäß § 22 (4) NAGBNatSchG in Verbindung mit § 29 BNatSchG).

1.2.2 Artenschutz

Die Anforderungen zum speziellen Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG sind im Zuge der Realisierung des Bebauungsplanes zu beachten (Umsetzungsebene). Im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung wird jedoch bereits geprüft, ob artenschutzrechtliche Belange der Realisierung der Planung entgegenstehen können und ob Vermeidungs- oder (vorgezogene) Ausgleichsmaßnahmen vorzusehen sind.

Zunächst ist zu prüfen, ob im Plangebiet bzw. im funktionalen Zusammenhang mit dem Plangebiet streng oder besonders geschützte Tier- oder Pflanzenarten vorkommen (können).⁷

Die relevanten speziellen artenschutzrechtlichen Verbote (Zugriffsverbote) sind in § 44 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) formuliert:

Gemäß Absatz 1 ist es verboten,

1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen, zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wande-

⁷

Welche Arten zu den besonders geschützten Arten bzw. den streng geschützten Arten zu rechnen sind, ist in § 7 Abs. 2 Nrn. 13 und 14 BNatSchG geregelt.

- rungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
 4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote).

Da es sich bei dem geplanten Vorhaben um die Umsetzung eines nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässigen Vorhabens im Sinne von § 18 [2] Satz 1 BNatSchG handelt, gilt gemäß § 44 (5) BNatSchG folgende Pauschalbefreiung von den Verboten:

Für nach § 15 Absatz 1 unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Eingriffe in Natur und Landschaft, die nach § 17 Absatz 1 oder Absatz 3 zugelassen oder von einer Behörde durchgeführt werden, sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Absatz 2 Satz 1 gelten die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote nach Maßgabe der Sätze 2 bis 5. Sind in Anhang IV Buchstabe a der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen

1. das Tötungs- und Verletzungsverbot nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Beeinträchtigung durch den Eingriff oder das Vorhaben das Tötungs- und Verletzungsrisiko für Exemplare der betroffenen Arten nicht signifikant erhöht und diese Beeinträchtigung bei Anwendung der gebotenen, fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen nicht vermieden werden kann,
2. das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach Absatz 1 Nummer 1 nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist, beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind,
3. das Verbot nach Absatz 1 Nummer 3 nicht vor, wenn die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.

Soweit erforderlich, können auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgelegt werden. Für Standorte wild lebender Pflanzen der in Anhang IV Buchstabe b der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend. Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffs-, Besitz- und Vermarktungsverbote vor.

Insofern wird zwischen besonders und streng geschützten Arten unterschieden und für zulässige Eingriffe sind ausschließlich Arten aus Anhang IV der FFH-Richtlinie und Europäische Vogelarten (alle einheimischen Vogelarten) näher zu betrachten.⁸

Relevante Arten

Für das Plangebiet und den unmittelbar angrenzenden Bereich liegen aus früheren Planungen zum Bebauungsplan Nr. 245 Kartierungen von Brutvögeln, Fledermäusen und zu Am-

⁸ Eine Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG, in der ebenfalls berücksichtigungspflichtige „nationale Verantwortungsarten“ definiert wären, liegt bisher nicht vor.

phibien vor. Die Ergebnisse werden für den Planausschnitt zusammenfassend aufgezeigt und gehen in die folgende artenschutzrechtliche Beurteilung ein.

Vögel:

Alle europäischen Vogelarten sind gemäß § 44 (1) Ziffer 2 BNatSchG (s.o.) den streng geschützten gleichgestellt.

In der Kartierung während der Brutzeit 2017 wurden 15 Brutvogelarten festgestellt, wobei es sich um gehölz- und gebäudebrütende Arten handelt. An besonderen Vorkommen sind mit Star und Rauchschwalbe zwei Brutvogelarten nachgewiesen worden, die auf der aktuellen Roten Liste als gefährdet eingestuft werden. Ansonsten sind vorwiegend ubiquitäre Arten siedlungsnaher Gehölzflächen wie Buchfink, Amsel, Heckenbraunelle, Rotkehlchen und Zaunkönig festgestellt worden. Ökologische anspruchsvolle Offenlandarten wurden auf den Freiflächen nicht festgestellt. Das Gebiet weist somit für Brutvögel keine besondere Bedeutung als Lebensraum für Rote-Liste-Arten auf.

Fledermäuse:

Alle Fledermausarten sind aufgrund ihrer Nennung in Anhang IV der FFH-Richtlinie streng geschützt.

Die Erfassung der Fledermäuse im Plangebiet ergab den Nachweis von drei Fledermausarten. Neben Zwerg- und Breitfledermäusen als typische gebäudebewohnende Arten konnte auch der Abendsegler im Plangebiet festgestellt werden, darüber hinaus wurden nicht eindeutig bestimmbare Kontakte des Abendsegler-Breitflügelfledermaus-Komplexes und der Gattung Myotis (Bart- oder Fransenfledermaus) registriert. Es ergab sich kein Verdacht oder Nachweis für ein Quartier im Plangebiet.

Amphibien

Im Untersuchungsgebiet wurden mit Erdkröte, Grasfrosch und Teichfrosch drei ungefährdete Amphibienarten festgestellt, allerdings sind alle heimischen Amphibienarten nach § 7 BNatSchG besonders geschützt. Ökologisch anspruchsvolle Arten wie Kreuzkröte oder Kammmolch konnten nicht nachgewiesen werden, so dass artenschutzrechtlich relevante Amphibienarten im Plangebiet nicht vorkommen.

Allgemeine Anforderungen des Artenschutzes an die Bauleitplanung:

Die Einhaltung des Artenschutzes erfolgt auf der Umsetzungsebene. Auf der Ebene der Bauleitplanung ist vorausschauend zu prognostizieren, welche artenschutzrechtlichen Belange bei der Umsetzung der Planung zu beachten sind (Spezielle Artenschutzprüfung - SAP).

Wird auf Ebene der Bauleitplanung deutlich, dass artenschutzrechtliche Belange der Planung dauerhaft entgegenstehen, so ist die Bauleitplanung nicht umsetzbar und damit nichtig.⁹ Insofern sind schon auf der Ebene der Bauleitplanung die Wege und Möglichkeiten aufzuzeigen, mit denen auf der Umsetzungsebene die Einhaltung des Artenschutzes sichergestellt werden kann.

⁹ Trautner, J., Kochelke, K., Lambrecht, H., Mayer, J (2006): Geschützte Arten in Planungs- und Zulassungsverfahren, S. 74, Norderstedt

Prüfung der Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG

Geprüft wurden die Verbotstatbestände der Verletzung und Tötung, der Verlust von Fortpflanzungs- und Ruhestätten sowie Störungen.

1. Verletzungs- und Tötungsverbot: (Verbotstatbestand gemäß § 44 [1] Nr. 1 BNatSchG)

Bei dem Plangebiet handelt es sich im Wesentlichen um einen Baustellenbereich bzw. um einen Bestandsausschnitt der Oldenburger Straße, so dass bauliche Maßnahmen, z.B. Bau-
feldfreimachungen und erforderliche Gehölzbeseitigungen, bereits umgesetzt wurden. Daher
sind –sofern nicht weitere Flächen und Gehölze beansprucht werden - keine Gefährdungen
und Tötungen von Brutvögeln zu erwarten.

Es wurden im Vorfeld keine Fledermausquartiere festgestellt. Weitere zu entnehmende Alt-
baumbestände mit Quartierspotential sind über das bereits erfolgte Maß an Gehölzfällungen
hinaus im Plangebiet nicht gegeben.

2. Störungen (Verbotstatbestand gemäß § 44 [1] Nr. 2 BNatSchG):

Das von der Planung ausgehende Störpotenzial gegenüber den im Plangebiet und in der
Umgebung vorkommenden Brutvögeln ist vor dem Hintergrund der siedlungs- und straßen-
bedingten Ausgangsbedingungen bzw. Vorbelastungen gering. Zudem sind keine besonders
störungsempfindlichen Arten festgestellt worden. Bei den erfassten Arten handelt es sich um
ungefährdete und ökologisch nicht ausgesprochen anspruchsvolle Arten, so dass von einem
Verbleib auszugehen ist. Eine erhebliche Störung, wodurch der Erhaltungszustand der loka-
len Population einer Art verschlechtert würde, ist nicht abzuleiten.

3. Verlust der ökologischen Funktion von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (§ 44 [1] Nr. 3 BNatSchG in Verbindung mit § 44 [5] BNatSchG):

Für die Prüfung des Eintretens des Verbotstatbestandes des § 44 Abs. 1 Nr. 3 ist gemäß
§ 44 Abs. 5 BNatSchG maßgeblich, ob die ökologische Funktion der betroffenen Fortpflan-
zungsstätten im räumlichen Zusammenhang erhalten bleibt, d.h. ob die jeweiligen Brutpaare
auf geeignete Strukturen in der näheren Umgebung ausweichen können. Da es sich bei den
erfassten Brutvögeln um ungefährdete und ökologisch nicht ausgesprochen anspruchsvolle
Arten handelt, kann von einem Ausweichen in benachbarte Gärten und Bereiche ausgegan-
gen werden. Gemäß RUNGE et al. (2010)¹⁰ basiert diese Aussagen darauf, dass bei unge-
fährdeten und ökologisch nicht ausgesprochen anspruchsvollen Arten, die zudem ihre Nester
jährlich neu bauen, ein Ausweichen für diese Vorkommen generell möglich ist. Aufgrund der
Vorkommen im Plangebiet und durch die Nähe von geeigneten Bäumen und Gehölzen im
Umfeld ist dies für den vorliegenden Fall auch plausibel.

Grundsätzlich sollten im Hinblick auf die Vermeidung bzw. Minimierung von Beeinträchtigun-
gen der örtlichen Brutvogel- und Fledermausvorkommen entsprechend der Baumverluste im

¹⁰ Runge, H., M. Simon & T. Widdig (2010): Rahmenbedingungen für die Wirksamkeit von Maß-
nahmen des Artenschutzes bei Infrastrukturvorhaben, FuE-Vorhaben im Rahmen des Umwelt-
forschungsplanes des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit im
Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz - FKZ 3507 82 080, (unter Mitarb. von: Louis, H.W,
M. Reich, D. Bernotat, F. Mayer, P. Dohm, H. Köstermeyer, J. Smit-Viergutz, K. Szeder).- Han-
nover, Marburg

räumlichen Umfeld handelsübliche Nistkästen für Halbhöhlen- und Höhlenbrüter und ein Fledermauskasten angebracht werden.

4. Beschädigung und Zerstörung wild lebende Pflanzen

(§ 44 [1] Nr. 4 BNatSchG in Verbindung mit § 44 [5] BNatSchG):

Streng geschützte Pflanzenarten sind im Plangebiet weder festgestellt worden, noch aufgrund der Standortbedingungen zu erwarten.

Artenschutzrechtliches Fazit:

Verbotstatbestände des speziellen Artenschutzrechtes werden unter Beachtung der Vermeidungs- und Minimierungsgrundsätze mit der Bestandsbebauung des Kindergartens, der Anlage der Planstraße A und der Oldenburger Straße nicht erwartet, da keine Gefährdungen und Tötungen von Brutvögeln oder Fledermäusen, noch Störungen oder Verluste von Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu erwarten sind.

Somit ist auf der Ebene des Bebauungsplanes erkennbar, dass keine artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände der Planung dauerhaft entgegenstehen.

1.2.3 Weitere Ziele der relevanten Fachgesetze und Fachplanungen

Nachfolgend werden gemäß der Anlage zu § 2 (4) und § 2a BauGB die wichtigsten, für die Planung relevanten Ziele des Umweltschutzes, die sich aus einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen ergeben, sowie ihre Berücksichtigung in der Planung dargestellt.

Ziele des Umweltschutzes	Berücksichtigung bei der Aufstellung
Baugesetzbuch	
§ 1a BauGB: Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen.	Die Planung umfasst die Verlagerung der Zufahrtstraße zum Wohngebiet um wenige Meter mit Verschiebung der Flächeninanspruchnahme und Ausweitung der Verkehrsfläche. Für den Bereich liegt der rechtswirksame Bebauungsplan Nr. 245 vor und umfasst darüber hinaus die bestehende Verkehrsfläche der Oldenburger Straße einschließlich der Verkehrsgrünflächen aus dem Bebauungsplan Nr. 109B. Darüber hinaus wird im Süden des Plangebietes die Verkehrsfläche zugunsten einer Fläche für Gemeinbedarf zurückgenommen.
Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)	
<p>§ 1 Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege</p> <p>(1) Natur und Landschaft sind auf Grund ihres eigenen Wertes und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze so zu schützen, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> • die biologische Vielfalt, • die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des 	<p>Die Planung entspricht diesen Zielen im Plangebiet insofern, dass bestehende Nutzungen (Straßen) in der Lage verschoben und insgesamt (planungsrechtlich) vorbelastete Flächen beansprucht werden.</p> <p>So wird entsprechend des vorliegenden Erschließungskonzeptes die Oldenburger Straße weitgehend übernommen, jedoch werden Abbiegespuren, Radwege und die Verkehrsgrün-</p>

<p>Naturhaushalts einschließlich der Regenerationsfähigkeit und nachhaltigen Nutzungsfähigkeit der Naturgüter sowie</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft <p>auf Dauer gesichert sind; der Schutz umfasst auch die Pflege, die Entwicklung und, soweit erforderlich, die Wiederherstellung von Natur und Landschaft (allgemeiner Grundsatz).</p>	<p>streifen angepasst.</p> <p>Im Süden an der Zufahrtsstraße zu Wohngebiet wird die Verkehrsfläche zurückgenommen und stattdessen eine Fläche für den Gemeinbedarf ausgewiesen, wobei sich aufgrund der Ausnutzungsziffern keine Änderung der Versiegelungsrate ergibt. Somit wird bei der Umsetzung der Planung der Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigung Rechnung getragen.</p> <p>Nur im Bereich der Ausweitung der Verkehrsfläche an der Zufahrtstraße im Süden wird eine als Grünfläche festgesetzte Fläche in Anspruch genommen, so dass sich hier versiegelungsbedingt erhebliche Beeinträchtigungen in Natur und Landschaft gegenüber dem Ist-Zustand ergeben.</p>
<p>Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG)</p>	
<p>§ 1 BBodSchG: Zweck dieses Gesetzes ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Bei Einwirkungen auf den Boden sollen Beeinträchtigungen seiner natürlichen Funktionen sowie seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte so weit wie möglich vermieden werden.</p>	<p>Mit der Planung werden nur in geringem Umfang Neuversiegelungen und Flächeninanspruchnahmen vorbereitet, die zu erheblichen Beeinträchtigungen der Bodenfunktionen führen, die extern zu kompensieren sind.</p>
<p>Wasserhaushaltsgesetz (WHG)</p>	
<p>§ 1 WHG: Zweck dieses Gesetzes ist es, durch eine nachhaltige Gewässerbewirtschaftung die Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut zu schützen.</p>	<p>Die versiegelungsbedingte Minderung der Versickerungs- und Verdunstungseffekte und damit einhergehende Erhöhung des Oberflächenabflusses ist aufgrund der geringen zusätzlichen Versiegelung nicht als erheblich einzustufen. Das Gesamtentwässerungskonzept zum Bebauungsplan Nr. 245 wird nicht verändert.</p> <p>Oberflächengewässer in Form von Straßengraben werden überwiegend erhalten und innerhalb der Verkehrsgrünflächen gesichert.</p>
<p>Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG)</p>	
<p>§ 1 BImSchG: Zweck dieses Gesetzes ist es, Menschen, Tiere und Pflanzen, den Boden, das Wasser, die Atmosphäre sowie Kultur- und sonstige Sachgüter vor schädlichen Umwelteinwirkungen zu schützen und dem Entstehen schädlicher Umwelteinwirkungen vorzubeugen.</p>	<p>Das Plangebiet ist durch Verkehrslärm von der Landesstraße L 887 (Oldenburger Straße), von der Rudolf-Diesel-Straße sowie der nördlich gelegenen Bundesautobahn A 28 vorbelastet. Zudem besteht bereits die Zufahrt zum südlich angrenzenden Wohngebiet, so dass sich die Lärmsituation durch die Verlagerung der Straßenkreuzung und der Fläche für Gemeinbedarf nicht wesentlich ändert. Für diesen Bereich werden die Lärmpegelbereiche übernommen.</p>
<p>Ziele gemäß Landschaftsrahmenplan</p>	
<p>Kleinflächige und lineare Strukturen im angrenzenden Raum als für Arten und Lebensgemeinschaften wichtige Bereiche vor.</p>	<p>Die schutzwürdigen Bereiche sind nicht betroffen.</p>

Im Zielkonzept werden allgemeine Anforderungen an die Landwirtschaft dargestellt.	
Ziele gemäß Landschaftsplan	
Ein Landschaftsplan liegt aus dem Jahr 1993 vor. Für das Plangebiet unmittelbar an der Oldenburger Straße werden keine wichtigen Bereiche herausgestellt.	Schutzwürdige Bereiche sind nicht betroffen.
Ziele gemäß sonstigen Fachplanungen	
Sonstige Fachplanungen liegen nicht vor.	

2. Beschreibung und Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen

Im Folgenden werden für die einzelnen Umweltschutzgüter die voraussichtlichen Auswirkungen der Planung prognostiziert, wobei der Fokus insbesondere auf solche Auswirkungen gerichtet wird, die ein erhebliches (positives oder negatives) Ausmaß erreichen oder erhebliche Beeinträchtigungen im Sinne der Eingriffsregelung darstellen.

Die Prognose der Auswirkungen setzt dabei zunächst eine Beschreibung und Bewertung des derzeitigen Umweltzustandes (Basisszenario) voraus. Weiterhin ist die voraussichtliche Entwicklung des Umweltzustandes bei Nichtdurchführung der Planung in der Übersicht aufzuzeigen, soweit diese zumutbar abgeschätzt werden kann. Auch bei der Darstellung des Basisszenarios und der voraussichtlichen Entwicklung ohne Planung wird bereits auf die voraussichtlich erheblich beeinflussten Umweltmerkmale fokussiert.

2.1 Beschreibung des derzeitigen Umweltzustands und der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

2.1.1 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

derzeitiger Zustand

Biotoptypen, Pflanzen:

Die Bestandserfassung der Biotoptypen nach Drachenfels (2016)¹¹ erfolgte im Mai 2017. Darüber hinaus wird der planungsrechtliche Bestand aus dem Bebauungsplan Nr. 245 und der Verkehrsfläche der Oldenburger Straße (aus B-Plan Nr. 109B) zugrunde gelegt.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 259 umfasst im Wesentlichen einen Abschnitt der Oldenburger Straße, der neben einer Fahrbahn mit Abbiegestreifen zur Rudolf-Dieselstraße auch einen Rad- und Fußweg südlich der Fahrbahn sowie nach Norden einen Rad- und Fußweg auf der östlichen Seite der Rudolf-Dieselstraße aufweist. Darüber hinaus sind beidseitig dieser Landesstraße begleitende Verkehrsgrünflächen, die in der Regel als Scherrasen

11 Drachenfels, O: Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen A/; NLWKN Juli 2016

ausgebildet sind und Straßenseitengräben umfassen, angelegt, die regelmäßig unterhalten werden.

Die Zufahrt zum Wohngebiet südlich der Oldenburger Straße erfolgt weitgehend auf bereits im rechtswirksamen Bebauungsplan Nr. 245 als Verkehrsfläche festgesetzten Flächen (Planstraße A) – auf einer ehemals bereits bestehenden, schmalen Zufahrt und angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen.

Im Süden umfasst das Plangebiet eine Fläche für den Gemeinbedarf. Hier besteht die Änderung auf festgesetzten Verkehrsflächen (Parkplatz) der Kindertagesstätte/Kindergarten.

Eine Teilfläche von rd. 170 m² östlich des Weges wird im Ursprungsplan als öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Parkanlage, festgesetzt, die bisher einer Grünlandnutzung unterliegt. Dieses wird aufgrund der Artenzusammensetzung und der Artanteile als Extensivgrünland bewertet. Die Ausweisung als öffentliche Grünfläche erfolgt zur Sicherung und Entwicklung eines artenreichen Grünlandes frischer/feuchter Standorte extensiver Nutzung.

Im Westen der Planstraße A wird eine Teilfläche der ehemals ausgewiesenen Verkehrsfläche zurückgenommen und als öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielplatz festgesetzt.

Im Weiteren schließen im Süden Wohnnutzungen an, die durch große Gärten und alten Baumbestand geprägt sind.

Tiere:

Innerhalb dieser durch Siedlungsstrukturen mit Gebäuden, Gärten und altem Baumbestand geprägten Bereiche im südlichen Anschluss sind auch mit Star und Haussperling im Rahmen einer faunistischen Kartierung zum Bebauungsplan Nr. 245 (NWP, 2017) besondere Brutvorkommen festgestellt worden. Eine Funktion als Fledermausquartier konnte in den untersuchten Gehölzen und Gebäuden nicht festgestellt werden, doch wird der Raum als Jagdhabitat von Zwerg- und Breitflügelfledermäusen sowie vom Abendsegler genutzt. Amphibien-Laichgewässer liegen unmittelbar nicht vor, jedoch kommt den vorhandenen Gewässern im Umfeld (z.B. Rückhaltebecken im Nordwesten) Fortpflanzungsqualität zu.

Wertvolle Bereiche für Arten- und Lebensgemeinschaften werden im Landschaftsrahmenplan für das Plangebiet nicht abgegrenzt, jedoch sind das Grünland und die randlichen Gehölze als Biotopkomplex und als Verbundelement von Bedeutung.

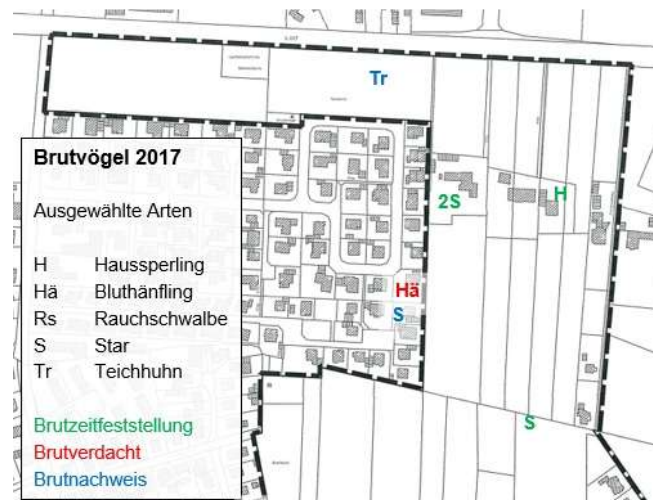


Abb. 5: Brutvogelerfassungen 2017 (ausgewählte Arten), NWP 2017

voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtumsetzung der Planung ist von einer Beibehaltung der bisherigen, nicht achsialen Straßenführung auszugehen. Insofern würden sich auch die kleineren Verschiebungen in Bereich der südlichen Zufahrtsstraße nicht ergeben und auch der als Verkehrsfläche ausgewiesene Parkplatz an der Kita würde beibehalten und nicht als Fläche für den Gemeinbedarf ausgewiesen werden.

Insgesamt würde bei Nichtumsetzung der Planung der planungsrechtliche Bestand beibehalten werden.

2.1.2 Fläche und Boden

derzeitiger Zustand

Das Plangebiet umfasst eine Fläche von rund 6.324 m², wobei ausschließlich bestehende Verkehrsflächen bzw. ausgewiesene Bauflächen und eine Grünfläche betroffen sind.

Das gesamte Plangebiet ist durch den Bodentyp Podsol geprägt.¹² Besondere Wertigkeiten oder Hinweise auf schutzwürdige Böden liegen nicht vor.

Ebenso liegen keine Hinweise zu Altlasten vor.

voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Eine Änderung des Flächenanteils besteht aufgrund der planungsrechtlichen Vorbelastung nicht.

2.1.3 Wasser

derzeitiger Zustand

Die Grundwasserneubildung im Gebiet liegt bei etwa 201 bis 250 mm/Jahr im Norden und Nordosten. Das Schutzpotential der grundwasserüberdeckenden Bodenschichten ist hoch.

¹²

Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: NIBIS Kartenserver – Bodenkunde BÜK 50

Die Grundwasserlinie liegt bei etwa 20 m unter Gelände, bei leicht nach Nordosten abfallendem Geländeprofil.¹³

Bei den im Plangebiet ausgeprägten Oberflächengewässern handelt es sich um straßenparallele Gräben.

voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Nichtdurchführung der Planung ist nicht von einer Änderung der derzeitigen Grundwasser- und Oberflächengewässersituation auszugehen.

2.1.4 Klima und Luft

derzeitiger Zustand

Das Plangebiet unterliegt im Wesentlichen aufgrund der bestehenden Versiegelung und Bauflächen bereits dem speziellen Siedungsklima. Der klimatische Funktionsraum der angrenzenden Grünlandflächen als kaltluftproduzierender und ausgleichender Freiraum wird nicht verändert.

Der durchschnittliche Jahresniederschlag liegt bei über 700 mm/a, die Jahresdurchschnittstemperatur beträgt etwa 9° C.¹⁴

Zur Luftqualität liegen für den Bereich keine Detaildaten vor, besondere örtliche lufthygienische Belastungen z.B. aus Tierhaltungsanlagen bestehen nicht.

voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Änderungen ergeben sich bei Nichtumsetzung der Planung nicht.

2.1.5 Landschaft

derzeitiger Zustand

Das Plangebiet wird vor allem als Verkehrsfläche im Kreuzungsbereich der Landesstraße zur Rudolf-Diesel-Straße zum Gewerbegebiet im Norden und der sich nach Süden anschließenden Planstraße A zum Wohngebiet aus dem Bebauungsplan Nr. 245 wahrgenommen.

Zudem ist das Kita/Kindergartengebäude bereits errichtet. Die im Bebauungsplan Nr. 245 als öffentliche Grünflächen ausgewiesenen Flächen südlich der Landesstraße bestehen noch als offene Bereiche, und auch das Rückhaltebecken im Osten ist bereits angelegt. Zudem ist der Graben als Zulauf zum Rückhaltebecken bereits angelegt.

voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Mit Fortführung bisheriger Nutzungen und planungsrelevanter Vorgaben aus dem Bebauungsplan Nr. 245 ist eine anderweitige Entwicklung des Landschaftsbildes nicht anzunehmen.

¹³ Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: NIBIS Kartenserver – Hydrogeologie

¹⁴ Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: NIBIS Kartenserver – Klima

2.1.6 Mensch

derzeitiger Zustand

Das Plangebiet umfasst die Oldenburger Straße (L 887) und beinhaltet im Süden die Zufahrtsstraße zum angrenzenden Wohngebiet bzw. bis zur Kita bzw. Kindergarten. Während im nördlichen Anschluss gewerbliche Nutzungen mit dem Gewerbegebiet Bookhorn vorkommen, werden die unmittelbar angrenzenden, neuentwickelten Siedlungsbereiche von Wohnnutzungen geprägt.

Aufgrund der unmittelbaren Lage der Landesstraße, der Rudolf-Diesel-Straße sowie der weit nördlich gelegenen Bundesautobahn A 28 und der gewerblichen Nutzungen im Norden unterliegt das Gebiet einer Vorbelastung durch Verkehrs- und Gewerbelärm.

voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Bei Beibehaltung der bestehenden und planungsrechtlichen Nutzungen sind keine Änderung der verkehrlichen Situation sowie der Flächennutzungen und Lärmimmissionen zu erwarten.

2.1.7 Kultur- und sonstige Sachgüter

derzeitiger Zustand

Kulturgüter sind im Plangebiet nicht bekannt, doch liegt aufgrund der Lage zu bekannten archäologischen Fundstellen, der Bodenausprägung und der Geländemorphologie eine erhöhte Wahrscheinlichkeit unentdeckter Fundstellen vor.

Sachgüter umfassen die bestehenden Siedlungsstrukturen mit Zufahrten sowie die Verkehrsfläche der Landesstraße mit dem begleitenden Graben.

voraussichtliche Entwicklung bei Nichtdurchführung der Planung

Keine Änderung bei Nichtdurchführung der Planung.

2.1.8 Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern

Zwischen den einzelnen Umweltschutzgütern bestehen umfangreiche funktionale Wechselwirkungen. So bedingen z.B. die Boden-, Wasser- und Klimaverhältnisse sowie die menschliche Nutzung die Ausprägung der Vegetation, diese wiederum prägt stark die Eignung als Tier-Lebensraum sowie die landschaftliche Eigenart und Erholungseignung. Eine hiervon unbeeinflusste Bestandsbeschreibung ist insofern nicht möglich, so dass die bestehenden Wechselwirkungen bereits in den vorstehenden Kapiteln mit Berücksichtigung finden.

2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung, Umweltauswirkungen

In die Umweltprüfung werden die direkten und die etwaigen indirekten, sekundären, kumulativen, grenzüberschreitenden, kurzfristigen, mittelfristigen und langfristigen, ständigen und vorübergehenden sowie positiven und negativen Auswirkungen einbezogen. Allerdings wird insbesondere auf die Auswirkungen abgestellt, welche möglicherweise ein erhebliches Ausmaß erreichen. Die nachfolgenden Kapitel enthalten vertiefende Erläuterungen zu den Aspekten, die im vorliegenden Planfall eine besondere Relevanz erreichen.

Als Grundlage für die Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung werden zunächst Angaben zu den geplanten Vorhaben bzw. zu den bauleitplanerisch vorbereiteten baulichen und sonstigen Nutzungen zusammengestellt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auf Ebene der Bauleitplanung regelmäßig keine Kenntnisse zu Gestaltungsdetails, Realisierungszeitpunkt u.ä. der künftigen Bebauung feststehen.

Die zu erwartenden Umweltauswirkungen werden insbesondere durch folgende Charakteristika der geplanten Nutzungen bestimmt:

- Verlagerung der Verkehrsfläche im Kreuzungsbereich der Oldenburger Straße mit Anpassung der Rad- und Fußwegeverbindungen sowie der Verkehrsgrünflächen und Straßenseitengräben, jedoch nur eine geringe zusätzliche Flächeninanspruchnahme
⇒ Eingriff
- Erweiterung der öffentlichen Verkehrsfläche (Planstraße A) um eine östliche Teilfläche zur Erweiterung/ Anpassung eines achsialen Kreuzungsbereiches zur Oldenburger Straße, auf einer bisher als öffentlichen Grünfläche, Zweckbestimmung Parkanlage, festgesetzten Fläche
⇒ Eingriff
- Rücknahme einer öffentlichen Verkehrsfläche westlich der Planstraße A zugunsten einer öffentlichen Grünfläche (Kindergarten)
⇒ Ausgleich
- Änderung der Flächenausweisung der Öffentlichen Verkehrsfläche westliche der Planstraße A in Fläche für Gemeinbedarf mit Reduzierung der maximalen Versiegelung um etwa 40 m². Die Gehölze sind – bis auf die Eiche im Westen – bereits in die Eingriffsbilanzierung zur Bebauungsplan Nr. 245 eingestellt.
⇒ Kein weiterer Eingriff, doch durch den Verlust der Eiche ist eine Kompensation erforderlich.

2.2.1 Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Die Änderung/Verlagerung der Straßenkreuzung erfolgt auf bisher bereits als Straße ausgebauten Flächen bzw. auf einer Teilfläche der öffentlichen Grünfläche.

Die Rücknahme der Verkehrsflächen zugunsten der Fläche für Gemeinbedarf im Bereich des Kindergartens /Kita erfolgt ebenfalls auf bereits planungsrechtlich vorbelasteten Flächen. Jedoch sind im Rahmen der Aufstellung zum Bebauungsplan Nr. 245 für die Verkehrerschließung nur fünf Laubbaumverluste in die Bilanzierung eingestellt worden, jedoch ist auch der sechste Baum gefällt worden. Dieser zusätzliche Baumverlust, einschließlich des Lebensraumpotentiale, wird im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 berücksichtigt.

Während mit der Verschiebung der Straßenfläche an der Oldenburger Straße im wesentlichen Verkehrsflächen und Verkehrsgrünflächen betroffen sind, wird mit der Verlagerung nach Osten eine Teilfläche des zu erhaltenden Grünlandes beansprucht. Hier sind Grünlandbereiche von etwa 170 m² betroffen.

Die schmale Ausweisung der öffentlichen Grünflächen umfasst Grünflächen mit der Zweckbestimmung Kinderspielplatz und beinhaltet eine flächenintensive Nutzung der Außenspielanlage des Kindergartens.

2.2.2 Auswirkungen auf Fläche und Boden

Die Änderung der Verkehrserschließung mit Verlagerung der Fahrbahn und der Nebenanlagen (Fuß- und Radweg) sowie die Änderung der Verkehrsfläche in Fläche für den Gemeinbedarf ergibt zusammenfassend eine zusätzliche versiegelte Fläche gegenüber dem bestehenden Planrecht von etwa 143 m². Mit der Erhöhung der Versiegelungsrate entfallen auf den zusätzlich versiegelten Flächen sämtliche Bodenfunktionen, die infolge direkter, langfristiger und ständiger und somit negativer Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase von besonderer Relevanz sind und in der Eingriffsbeurteilung als erhebliche Beeinträchtigung berücksichtigt werden.

2.2.3 Auswirkungen auf Wasser

Die zusätzlich versiegelten Flächen entfallen als Flächen für die Grundwasserneubildung. Zudem fällt auf den versiegelten Bau- und Verkehrsflächen ein höherer Anteil abzuführendes Oberflächenwasser an. Jedoch ist aufgrund der zusätzlichen Versiegelung von etwa 143 m² nicht mit einer erheblichen Beeinträchtigung des Wasserhaushaltes zu rechnen.

Die Oberflächenentwässerung aus dem Bebauungsplan Nr. 245 sieht gemäß des Entwässerungskonzeptes die Rückhaltung über offene Becken vor; diese wird durch die Änderung nicht beeinträchtigt.

2.2.4 Auswirkungen auf Luft und Klima

Von nachteiligen Auswirkungen auf die Luftqualität wird bei Umsetzung der Änderungen mit Verlagerung der Fahrbahn nicht ausgegangen.

Mit der Planung wird nur eine geringe Erhöhung der klimarelevanten Versiegelung von etwa 143 m² vorbereitet, so dass erhebliche Auswirkungen im großräumigen Zusammenhang mit den umgebenden Strukturen nicht angenommen werden.

2.2.5 Auswirkungen auf Landschaft

Der Anteil an Bauflächen bzw. Verkehrsflächen wird sich am bestehenden Siedlungsrand von Ganderkesee nur unwesentlich verändern. Eine Verschiebung des Siedlungsrandes ergibt sich durch die Verlagerung der Verkehrsfläche nicht. Mit der Änderung im Bereich der Fläche für Gemeinbedarf ist eine flexiblere Gestaltung der erforderlichen Nutzungen und der Stellplatzflächen möglich, aber es ergeben sich hiermit ebenfalls keine erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes gegenüber dem Planrecht.

2.2.6 Auswirkungen auf den Mensch

Der Standort ist durch Verkehrslärm und durch Gewerbelärm vom nördlich gelegenen Gewerbegebiet vorbelastet.

Zur Prüfung der Nachbarschaftsverträglichkeit ist im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 245 ein schalltechnisches Gutachten auf Grundlage der Orientierungswerte gemäß der DIN 18005 und der 16. Bundesimmissionsschutzverordnung (16. BImSchV) erstellt worden.

Die zur Realisierung der Baugebiete festgesetzten Lärmpegelbereiche werden auch auf die erweiterte Fläche für Gemeinbedarf angewendet, eine erhebliche Änderung ergibt sich nicht.

2.2.7 Auswirkungen auf Kultur und Sachgüter

Mit Verlagerung und Erweiterung der bestehenden Verkehrsflächen kommt es zu Verschiebungen der Flächeninanspruchnahmen im Kreuzungsbereich der Oldenburger Straße und der öffentlichen Verkehrsfläche (Planstraße A), eine erhebliche Beeinträchtigung gegenüber dem Planrecht ist nicht abzuleiten.

2.2.8 Auswirkungen auf Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern

Zwischen den einzelnen Umweltschutzgütern bestehen umfangreiche funktionale Wechselwirkungen. So führen beispielsweise die Versiegelungen von Böden zugleich zu Beeinträchtigungen der Grundwasserneubildung und der Eignung als Pflanzen-Standort. Eine separate Wirkungsprognose ist insofern nicht möglich, so dass die bestehenden Wechselwirkungen bereits in den vorstehenden Kapiteln mit Berücksichtigung finden.

2.3 Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen

2.3.1 Maßnahmen zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen

Die Änderung des Kreuzungsbereiches mit Verlagerung der südlichen Planstraße A und der Fläche für Gemeinbedarf erfolgt auf bereits planungsrechtlich vorbelasteten Flächen.

So sind bei der Umsetzung folgende Grundsätze zu beachten:

- Erhalt des offenen Grabenverlaufes parallel der Oldenburger Straße
- Entwicklung und Gestaltung der Grünfläche, Zweckbestimmung Kinderspielplatz
- Sicherung gesunder Wohnverhältnisse durch Berücksichtigung passiver Schallschutzmaßnahmen.

Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung und Verringerung nachteiliger Umweltwirkungen möglich und anzustreben, die jedoch auf Ebene der vorliegenden Planung nicht geregelt werden. Hierzu zählen nach gegenwärtigem Stand insbesondere folgende Maßnahmen:

- Erhaltenswerte Gehölzbestände, insbesondere die Straßenbäume außerhalb des unmittelbar betroffenen Zufahrtbereiches und die angrenzenden Gehölzbestände, sollen während der Bauphase vor Schädigungen der oberirdischen Teile sowie des Wurzelraumes geschützt werden. Geeignete Maßnahmen sind der DIN 18920 und der RAS-LP 4 zu entnehmen.
- Zur Aufrechterhaltung der ökologischen Funktion sind für den zusätzlich gefälltten Baum je ein handelsüblicher Nistkasten für Halbhöhlen- und Höhlenbrüter und ein Fledermauskasten im räumlichen Umfeld anzubringen. Die Nistkästen für die Brutvögel und Fledermäuse sind über einen Zeitraum von mind. 5 Jahren regelmäßig zu reinigen und auf Schäden zu überprüfen.
- Der bei Durchführung der Planung anfallende Mutterboden-Aushub soll in nutzbarem Zustand erhalten und vor Vernichtung oder Vergeudung geschützt werden.

- Die im Gebiet unversiegelt verbleibenden Grundflächen sollen während der Bauphase vor Bodenverdichtungen infolge von Befahren, Materialablagerung u.ä. geschützt werden.
- Durch ordnungsgemäßen und sorgsamem Umgang mit Maschinen, Baustoffen etc. sollen Verunreinigungen von Boden und Wasser vermieden werden.
- Sollten bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde auftreten, werden diese entsprechend den gesetzlichen Vorgaben unverzüglich der zuständigen Behörde gemeldet.
- Sollten sich bei den erforderlichen Bau- und Erdarbeiten Hinweise auf schädliche Bodenveränderungen oder Altlasten ergeben, wird unverzüglich die zuständige Untere Bodenschutzbehörde benachrichtigt.

2.3.2 Maßnahmen zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen

Innerhalb der öffentlichen Grünfläche sind gemäß den Festsetzungen unterschiedliche Nutzungen und Gestaltungsmöglichkeiten gegeben. So ist im Bebauungsplan Nr. 259 eine öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Kinderspielplatz unmittelbar nördlich der Kindertagesstätte/Kindergarten ausgewiesen.

Die Verkehrsgrünfläche umfasst den Grünstreifen zwischen Oldenburger Straße und dem parallel geführten Rad- und Fußweg, der weitgehend aus dem Bestand übernommen wird.

Darüber hinaus sind die durch Gehölzverluste notwendig werdenden Baumpflanzung im öffentlichen Straßeraum umzusetzen.

Zu verwenden sind heimische Laubholzarten (z.B. Stieleiche) als Hochstamm mit einem Stammumfang von mind. 14 cm. Die Pflanzungen sind auf Dauer zu sichern, fachgerecht zu pflegen und zu erhalten. Ausfälle sind nachzupflanzen.

Eingriffsbilanzierung zum Bebauungsplan Nr. 245 „Südlich der Oldenburger Straße“

Um darlegen zu können, inwieweit mit den Flächenumlagerungen Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild vorbereitet werden, erfolgt eine quantifizierende Gegenüberstellung nach dem Modell des Niedersächsischen Städtetags (Stand 2013). Hierbei werden anhand der planungsrechtlichen Festsetzungen aus dem Ursprungsplan die Flächenwertigkeiten denen der Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. 259 gegenübergestellt.

Flächenwertigkeit im aktuellen Zustand

Biotoptyp/ Nutzung	Flächengröße (in m²)	Biotopwert	Flächenwert
Oldenburger Straße (OVS)	4.163		
davon Versiegelung (einschl. Radweg)	2.600	0	0
Verkehrsgrünfläche	1.563	1	1.563
Verkehrsfläche zur südlichen Erschließung (OVS)	1.991		
davon Versiegelung (80%)	1.593	0	0
Verkehrsgrünfläche (20%)	398	1	398
Öffentliche Grünfläche	170	3	510
Zweckbestimmung Parkanlage			
Gesamt Bestand	6.324		2.471

Flächenwertigkeit im Planzustand

Biotoptyp/ Nutzung	Flächengröße (in m² gerundet)	Biotopwert	Flächenwert
Fläche für Gemeinbedarf (GRZ 0,5)	782		
davon versiegelt (75%, gerundet)	587	0	0
Grünflächen, Freiflächen	195	1	195
Verkehrsflächen	5.480		
davon Ausbau Oldenburger Straße	4.163		
versiegelt, einschl. F+R	2.695	0	0
öffentliche Grünfläche: Verkehrsgrün	1.468	1	1.468
Erschließungsstraße	1.317		
versiegelt (80%, gerundet)	1.054	0	0
Verkehrsgrünflächen (20%)	263	1	263
Öffentliche Grünfläche	62	1	62
Zweckbestimmung Spielplatz			
Gesamt Planung	6.324		1.988

Unter Berücksichtigung des planungsrechtlichen Bestandwertes und nach dem Vorentwurfstand der Planung ergibt sich ein Kompensationsdefizit von 483 Werteeinheiten.

Unberücksichtigt in der o.g. Flächenbilanzierung ist der Laubbaum innerhalb der Fläche für Gemeinbedarf, der im Zusammenhang mit der Erschließung des Baugebietes gefällt wurde, im Rahmen der Bilanzierung zum Bebauungsplan Nr. 245 aber nicht berücksichtigt wurde.

In Anlehnung an die „Richtlinie der UNB für den Ausgleich von unvermeidbar zu rodenden Gehölzen im Zuge baubedingter Beeinträchtigungen in Natur und Landschaft im Landkreis Oldenburg“ werden folgende Kompensationsansätze berücksichtigt.

- Die Eiche mit einem Stammdurchmesser von 1,00 m wird entsprechend der o.g. Richtlinie mit einem Ausgleichsfaktor von 1:10 ausgeglichen.

Diese Ausgleichspflanzungen durch heimische Laubholzarten (z.B. Stieleiche) als Hochstamm mit einem Stammumfang von mind. 14 cm sind im Plangebiet, z.B. im Bereich der Parkplätze für die Kita bzw. im neu anzulegenden Straßenraum umzusetzen und dauerhaft zu sichern, fachgerecht zu pflegen und zu erhalten. Ausfälle sind nachzupflanzen.

2.3.3 Externe Kompensation

Für die vollständige Kompensation der Eingriffsfolgen wird eine externe Kompensation erforderlich. Diese kann über das Ökokonto (Kompensationsflächenpool) der Gemeinde Ganderkesee umgesetzt werden. Für die Umsetzung von Kompensationsmaßnahmen steht eine Fläche im südlichen Gemeindegebiet (Gemarkung Ganderkesee, Flur 40, Flurstücke 164/1, 411/203) zur Verfügung. Auf diesen insgesamt rd. 5,3 ha großen Flächen, die überwiegend ackerbaulich genutzt werden, ist die Entwicklung von mesophilem Grünland und Feuchtgrünland sowie von Nasswiesen vordringliches Planungsziel.

Eine vollständige Kompensation der Eingriffsfolgen kann auf dieser Fläche erzielt werden.

Die Auflagen einer im Plangebiet liegenden Gasleitung (Einhaltung des Schutzstreifens) werden im Zuge der Objektplanung berücksichtigt.

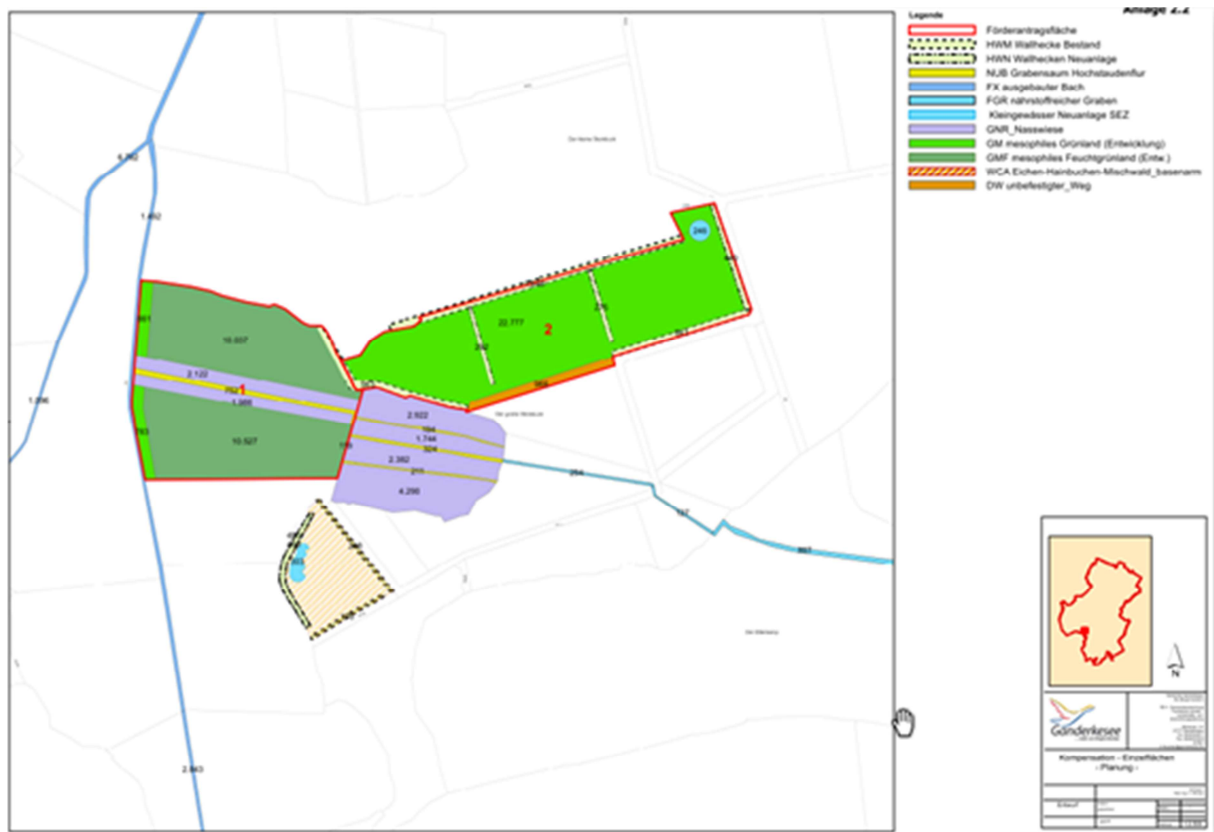


Abb. 6: Maßnahmenübersicht der Kompensationspoolfläche Nr. FG 1.6 der Gemeinde Ganderkesee

2.4 Maßnahmen zur Überwachung

Gemäß § 4c BauGB haben die Kommunen erhebliche Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten (Monitoring) können, zu überwachen.

Zur Überwachung der Auswirkungen der vorliegenden Planung sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

- Die Gemeinde wird 3 – 5 Jahre nach Beginn der Baumaßnahmen eine Ortsbegehung des Plangebietes durchführen oder veranlassen und dies dokumentieren. So können eventuelle unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Abhilfe ergriffen werden.
- Die Gemeinde wird 3 – 5 Jahre nach Beginn der Baumaßnahmen eine Ortsbegehung der Ausgleichsflächen durch einen Fachgutachter veranlassen und dies dokumentieren. So kann überprüft werden, ob die prognostizierte Entwicklung eingetreten ist bzw. eingesetzt hat und ob ggf. weitere Maßnahmen zum Erreichen des Zielzustandes erforderlich sind.
- Die Gemeinde wird Hinweisen von den Fachbehörden und aus der Bevölkerung über unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen der Planung nachgehen und dies dokumentieren.

Weitere Überwachungsmaßnahmen können auf Umsetzungsebene erforderlich werden (z.B. eine ökologische oder bodenkundliche Baubegleitung).

2.5 Anderweitige Planungsmöglichkeiten

Die Gemeinde Ganderkesee passt mit der Planung den nicht achsialen Kreuzungsverlauf von der Oldenburger Straße zu der Planstraße A zur Erschließung des südlichen Wohngebietes an. Damit kommt es zu einer Verschiebung des Straßenverlaufs nach Osten. Die Planung folgt darüber hinaus die Zielsetzung der Gemeinde, der Umsetzung des Kita/Kindergartengeländes einen größeren Spielraum bei der Umsetzung und Gestaltung der Freiflächen zu ermöglichen. Daher erfolgt keine Ausweisung von Verkehrsflächen (Stellplätzen) im Plangebiet, sondern die Ausweisung von Flächen für den Gemeinbedarf wird auf diesen Bereich ausgeweitet.

Anderweitige Planungen ergeben sich aufgrund der Bestandssituation und der Vorgaben zum Kreuzungsverlauf an der Landesstraße nicht. Die vorliegende Ausführungsplanung, die dem Bebauungsplan zugrunde liegt, ist mit der Straßenbaubehörde abgestimmt.

2.6 Schwere Unfälle und Katastrophen

Erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen, die aufgrund der Anfälligkeit der nach dem Bauleitplan zulässigen Vorhaben für schwere Unfälle oder Katastrophen zu erwarten sind, werden bei der Verschiebung des Kreuzungsbereiches und Ausweitung der Fläche für den Gemeinbedarf nicht abgeleitet.

3 Zusätzliche Angaben

3.1 Verfahren und Schwierigkeiten

3.1.1 Verwendete Verfahren

Die Bestandsaufnahme der Biotoptypen erfolgt gemäß den Vorgaben des NLWKN.¹⁵ Eine faunistische Erhebung wurde zum Bebauungsplanverfahren 245 von März bis September 2017 durchgeführt¹⁶. Die Bilanzierung orientiert sich am Bewertungsmodell des Niedersächsischen Städtetages.¹⁷ Hinsichtlich der Schutzgüter Boden, Wasser, Klima, Luft werden der Landschaftsrahmenplan¹⁸, Landschaftsplan Ganderkesee¹⁹ und gängiges Kartenmaterial²⁰ ausgewertet.

Das Planungsrecht beruht auf den rechtskräftigen Bebauungsplänen Nr. 245 und Nr. 109B, die für die Eingriffsbeurteilung zugrunde gelegt sind.

¹⁵ Drachenfels, O. v.: Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen A/4, Stand März 2013

¹⁶ NWP (2017): Faunistisches Gutachten Brutvögel, Amphibien und Fledermäuse

¹⁷ Niedersächsischer Städtetag (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung

¹⁸ Landschaftsrahmenplan für den Landkreis Oldenburg, 1995

¹⁹ Landschaftsplan der Gemeinde Ganderkesee, 1993

²⁰ NIBIS Kartenserver, Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie

3.1.2 Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben

Auf Grundlage der durchgeführten Erfassungen sind nicht alle zukünftigen Auswirkungen der Planung auf Arten und natürliche Lebensräume im Sinne des § 19 Abs. 2 und 3 BNatSchG sicher prognostizierbar. Es können nachteilige Auswirkungen auf die Erreichung oder Beibehaltung des günstigen Erhaltungszustandes der genannten Arten oder Lebensräume verursacht werden, deren Vorkommen im Einwirkungsbereich der Planung bisher nicht bekannt ist oder die sich künftig im Einwirkungsbereich der Planung ansiedeln bzw. entwickeln. Eine vollständige Freistellung nachteiliger Auswirkungen gemäß § 19 Abs. 1 BNatSchG kann deshalb planerisch und gutachterlich nicht gewährleistet werden.

3.2 Allgemein verständliche Zusammenfassung

Die Gemeinde Ganderkesee stellt den Bebauungsplan Nr. 259 auf, um die Kreuzung von der Oldenburger Straße und Rudolf-Diesel-Straße zu der Planstraße A aus dem Bebauungsplan Nr. 245 achsial ausbauen zu können. Dazu erfolgt eine Verschiebung der südlichen Planstraße, wodurch zum einen eine als Grünfläche festgesetzte Fläche in Anspruch genommen wird, während auf der westlichen Straßenseite eine Verkehrsfläche in eine Grünfläche geändert wird. Zudem erfolgt die Planung, um im Bereich der Kindertagesstätte, eine höhere Flexibilität in der Gestaltung der Außenanlagen und des Stellplatzbereiches zu erzielen. Insgesamt ist mit den Flächenverschiebungen eine Erhöhung der maximalen Versiegelung von etwa 143 m² verbunden, mit Auswirkungen auf Flächen, Boden und der Biotopstrukturen.

Die Planung umfasst die Ausweisung von

- Fläche für den Gemeinbedarf (Kita/Kindergarten) auf 782 m²
- Öffentliche Verkehrsfläche, einschließlich besonderer Zweckbestimmung (4.012 m²),
- Öffentliche Grünflächen Zweckbestimmung Verkehrsgrün auf 1.468 m² und
- Öffentliche Grünflächen Zweckbestimmung Spielplatz auf 62 m².

Schutzgebiete oder -objekte sind im Plangebiet bis auf den Naturpark Wildeshauser Geest nicht ausgebildet. Nachteilige Auswirkungen auf Natura-2000-Gebiete werden aufgrund der großen Entfernungen nicht erwartet.

Verbotstatbestände des speziellen Artenschutzes werden aufgrund der Bestandssituation an Verkehrs- und Bauflächen nicht angenommen.

Die Planung sieht die Entwicklung von Bauflächen sowie von Verkehrsflächen vor. Dies führt zu einer Flächenverschiebung und zusätzlichen geringen Versiegelung von Grundflächen und ist als erhebliche Beeinträchtigung des Naturhaushaltes (Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt, Boden) zu beurteilen. Als Maßnahme zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen wird das Maß der versiegelten Flächen auf das vorhabenbezogene notwendige Erfordernis abgestimmt.

Die dennoch verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen werden extern ausgeglichen.

Zur Überwachung der Umweltauswirkungen wertet die Gemeinde Ganderkesee Hinweise der zuständigen Behörden aus und führt nach Realisierung der Festsetzungen eine Ortsbegehung durch.

3.3 Referenzliste der herangezogenen Quellen

- Drachenfels, O (2016): Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen A/; NLWKN Stand Juli 2016,
- Grundlagenerfassung zu Boden, Wasser und Klima/Luft des Geodatenzentrums Hannover; aus: NIBIS Kartenserver, <http://www.umwelt.niedersachsen>, interaktive Umweltkarte der Umweltverwaltungen Niedersachsen,
- Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz: Auswertung der Umweltkarten Niedersachsen; <http://www.umweltkarten-niedersachsen.de>
- Landschaftsrahmenplan des Landkreises Oldenburg, 1995
- Landschaftsplan der Gemeinde Ganderkesee, 1993
- Niedersächsischer Städtetag (2013): Arbeitshilfe zur Ermittlung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in der Bauleitplanung
- Planungsbüro Gerdes: Gemeinde Ganderkesee: Erschließung des Baugebietes B-Plan Nr. 245 „südl. Oldenburger Straße/ Ramsauerweg; Ausführungsplanung, Oldenburg, 17.12.2018

Anhang zum Umweltbericht

Grundsätzliche Angaben zu den geplanten Vorhaben gemäß BauGB, Anlage 1, Nr. 2.b) Ziffer aa) bis hh)		
aa)	Bau und Vorhandensein der geplanten Vorhaben, soweit relevant einschließlich Abrissarbeiten:	Verlagerung des Kreuzungsbereiches der Oldenburger Straße zu der Planstraße A mit Verschiebung der Flächeninanspruchnahme von festgesetzten Grünflächen und Verkehrsflächen. Erweiterung der Fläche für den Gemeinbedarf zur flexibleren Gestaltung der Außenanlagen der Kita/Kindertagesstätte.
bb)	Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, wobei soweit möglich die nachhaltige Verfügbarkeit dieser Ressourcen zu berücksichtigen ist:	Das Plangebiet umfasst ausschließlich bestehende Verkehrsflächen und planungsrechtlich bereits ausgewiesene Verkehrsflächen, bzw. infolge der Verschiebung der Zufahrtsbereich eine Überlagerung mit der Grünfläche, Zweckbestimmung Parkanlage. Erhebliche Beeinträchtigungen ergeben sich nach Umsetzung des Vorhabens durch Verlust und Versiegelung von Podsolböden, sowie dem Verlust der Grünlandbiotope als Lebensraum für Pflanzen und Tiere.
cc)	Art und Menge an Emissionen von Schadstoffen, Lärm, Erschütterungen, Licht, Wärme und Strahlung sowie der Verursachung von Belästigungen:	Baubedingt sind Lärm, Staub und Erschütterungen in der Bauphase zu erwarten. Über die Bauphase hinaus sind aber keine Emissionen anzunehmen. Die Lärmvorbelastung durch die Oldenburger Straße wird durch passive Lärmschutzmaßnahmen entsprechend der Lärmpegelbereiche berücksichtigt.
dd)	Art und Menge der erzeugten Abfälle und ihre Beseitigung und Verwertung:	Angaben über Art und Menge von Abfällen liegen nicht vor, sind aber aufgrund der geplanten Nutzungen nicht im besonderen Maße zu erwarten. Die anfallenden Abfälle und Abwässer werden ordnungsgemäß entsorgt und abgeführt. Erhebliche Beeinträchtigungen sind nicht ersichtlich.
ee)	Risiken für die menschliche Gesundheit, das kulturelle Erbe oder die Umwelt (zum Beispiel durch Unfälle und Katastrophen):	Vorhabenbedingt sind mit den Verkehrsflächenverschiebungen und der Fläche für Gemeinbedarf keine besonderen Risiken zu erwarten, da mit dem zulässigen Vorhaben keine Anfälligkeit für schwere Unfälle oder Katastrophen verbunden sind.
ff)	Kumulierung mit den Auswirkungen benachbarten Plangebiete unter Berücksichtigung etwaiger bestehender Umweltprobleme in Bezug auf möglicherweise betroffene Gebiete mit spezieller Umweltrelevanz oder auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen:	Im Umfeld des Plangebietes sind gewerbliche Nutzungen sowie Wohn- und Mischnutzung ausgeprägt. Kumulierungseffekte benachbarter Plangebiete sind standortbedingt nicht abzuleiten. Die Orientierungswerte für Allgemeine Wohngebiete der DIN 18005 für gewerbliche Geräuschemissionen im Bereich der geplanten Gemeinbedarfsfläche werden eingehalten. Gebiete besonderer Umweltrelevanz sind nicht ausgeprägt.
gg)	Auswirkungen der geplanten Vorhaben auf das Klima (zum Beispiel Art und Ausmaß der Treibhausgasemissionen) und der Anfälligkeit der geplanten Vorhaben gegenüber den Folgen des Klimawandels:	Nur geringe Erhöhung klimarelevanter Versiegelungen um etwa 143 m ² , so dass keine weitreichenden Auswirkungen zu erwarten sind.
hh)	Eingesetzte Techniken und Stoffe:	Während der Bau- und Betriebsphase eingesetzte Techniken und Stoffe, die zu erheblichen Beeinträchtigungen führen, sind nicht bekannt.

Nachfolgend ist eine tabellarische Übersicht über die in der Umweltprüfung untersuchten und ermittelten Umweltauswirkungen dargelegt. Vertiefende Angaben insbesondere zu erheblichen Umweltauswirkungen sind den jeweiligen Kapiteln des Umweltberichtes näher erläutert.

Die Angaben zu den geplanten Vorhaben bzw. zu den bauleitplanerisch vorbereiteten baulichen und sonstigen Nutzungen, welche für die Prognose der Entwicklung des Umweltzustands bei Durchführung der Planung in die Umweltprüfung eingestellt wurden, sind in Kap. 2.2 des Umweltberichtes dargestellt.

Vorab werden einige Erläuterungen zu der nachfolgenden tabellarischen Übersicht der Umweltauswirkungen aufgeführt.

Erläuterungen zur tabellarischen Übersicht der Umweltauswirkungen	
die Beurteilung der Umweltauswirkungen wird wie folgt vorgenommen	
o	keine bedeutsamen Umweltauswirkungen ersichtlich/ zu erwarten
x	Umweltauswirkungen zu erwarten, aber unerheblich
X	Umweltauswirkungen von einiger Relevanz zu erwarten, nähere Erläuterungen in Kap. 2.2 ff. des Umweltberichtes
kurzfristig	vorliegend definiert als < 3 Jahre andauernd/ innerhalb von 3 Jahren nach Umsetzung der geplanten Vorhaben einsetzend
mittelfristig	vorliegend definiert als 3 – 15 Jahre, generell überschaubare Perspektive der Bauleitplanung
langfristig	vorliegend definiert als > 15 Jahre, danach ggf. bauleitplanerische Überprüfung, Anpassung

Auswirkungen auf	ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase											Kurz-Erläuterungen	
	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	vorübergehend	positiv		negativ
Tiere	X	x	o	o	o	o	o	x	X	x	o	X	Inanspruchnahme von Verkehrsgrünflächen und einer öffentlichen Grünfläche zur Verschiebung der Straßenkreuzung, keine besonderen Lebensraumbetroffenheiten aufgrund Bestand und Vorbelastung.
Pflanzen	X	o	o	o	o	x	x	x	X	x	o	X	Dauerhafte Grünflächen- und Gehölzverluste, Ausgleich erforderlich
biologische Vielfalt	x	x	o	o	o	o	o	o	o	x	o	x	Biologische Vielfalt wird im Plangebiet aufgrund der bestehenden, landwirtschaftlichen und baulichen Nutzung gering eingestuft.
Fläche	X	o	o	o	o	x	x	X	X	o	o	X	Zusätzliche Flächeninanspruchnahme für Straßenausbau mit einer zusätzlichen Versiegelung von etwa 143 m².
Boden	X	o	o	o	o	x	x	X	X	x	o	X	Zusätzliche vorhabenbedingte Bodeninanspruchnahme von rd. 143 m²
Wasser	x	x	o	o	o	x	x	x	x	x	o	x	Nur kleinflächige, versiegelungsbedingte Erhöhung des Oberflächenabflusses, Regenwasserrückhaltebecken im Anschluss
Luft	x	x	o	o	o	o	o	x	x	o	o	x	Die Emission verkehrsbürdiger Luftschadstoffe wird sich durch Verschiebung des Kreuzungsbereiches nicht ergeben
Klima	x	x	o	o	o	o	o	x	x	o	o	x	Mit der Planung entfallen nur in geringem Umfang Strukturen mit klimaausgleichender Funktion.
Landschaft	x	x	o	o	o	o	o	x	x	x	o	x	Durch bestehende Straßen und bauliche Anlagen des neuen Kita-Gebäudes vorbelastete Fläche.
Natura 2000-Gebiete	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Keine Schutzgebiete des Europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000 (FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete) im Umkreis von über 3 km. Es kann mit hinreichender Sicherheit von einer Natura 2000-Verträglichkeit der Planung ausgegangen werden.
Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	x	x	o	x	o	x	x	x	x	x	o	x	Baubedingten Lärmimmissionen, jedoch betriebsbedingt keine lärmintensiven Nutzungen; Vorbelastungen durch Landesstraße.
Kulturgüter	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Am Standort nicht relevant
sonstige Sachgüter	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Verschiebung von Verkehrsflächen und Inanspruchnahme von Grünflächen

ermittelte Umweltauswirkungen in der Bau- und Betriebsphase													Kurz-Erläuterungen
Auswirkungen auf	direkt	indirekt	sekundär	kumulativ	grenzüberschreitend	kurzfristig	mittelfristig	langfristig	ständig	vorübergehend	positiv	negativ	Festlegung von Lärmpegelbereichen und passiven Schallschutzmaßnahmen. Während der Bau- und Betriebsphase anfallende Abfälle und Abwässer werden ordnungsgemäß entsorgt. Hinweise liegen nicht vor Bei Umsetzung der Planung sind die Vorgaben der Energieeinsparverordnung anzuwenden. Im Landschaftsplan (1993) und Landschaftsrahmenplan Landkreis Oldenburg (1995), sind keine wertvollen Bereiche herausgestellt. Es sind keine sonstigen Pläne bekannt
	x	o	o	o	o	o	o	x	x	o	o	x	Keine Betroffenheit derartiger Gebiete.
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	Über die allgemeinen Wechselbeziehungen hinaus sind keine besonderen Beziehungen ersichtlich.
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	
	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	o	